

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
 Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SW. 16
 Reichensdorfer Straße 15 (Redaktion & Dittmer)
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags
 Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post
 (einschließlich Bestellgeld) 10 Mk.

VOM LEIPZIGER GEWERKSCHAFTSKONGRESS

Leipzig, 22. Juni 1922.

Wieviel ist ein Riesentag mit fast 800 Teilnehmern (690 Delegierte, Bundesvorstand und ausländische wie inländische Gäste) ein imponierendes Parlament. Daß aber die Arbeitsfähigkeit ganz erheblich unter dieser „Größe“ leidet, ist sicher jedem Delegierten dieses Kongresses erneut klar geworden. Schon die Dimensionen des Saales erschweren nahezu der Hälfte der Hörer die aufmerksame Verfolgung der Rede und Diskussionen. Daher dürfte sich die Beschränkung auf 500 als Höchstziffer für den nächsten Kongress empfehlen. Auffallend ist die geringe Zahl der weiblichen Mitglieder, die nur etwa 10 beträgt. Im übrigen ist aber die Organisation des Leipziger Kongresses als durchmusterungsgütig anzusprechen, wozu letzteres auch für die Festveranstaltungen, der Begrüßungsfeier und dem Abend, zutrifft.

Mit einer knappen, aber eindrucksvollen Eröffnungsrede sprach Theodor Leipart um 9 1/2 Uhr den Kongress. Er insbesondere auf die Verdienste Carl Legiens und was um die deutsche Gewerkschaftsbewegung hin und her die zahlreichen übrigen Gewerkschaftsfunktionäre, die in den letzten drei Jahren ins Grab gesunken sind. Ein Rückblick auf die 50 Jahre seit der Gründung der deutschen Gewerkschaften gibt dem Redner Gelegenheit, die mannigfaltigen Aufgaben seit dieser Zeit aufzuweisen. Leipart begann seinen Schluß insbesondere die Notwendigkeit größerer Einigkeit der Arbeiter.

Von den hierauf folgenden zahlreichen Begrüßungsreden interessierte das Programm von Dr. Brauns, des Reichsministers, der politisch dem Zentrum zuzählt und den übrigen Gewerkschaften nahesteht. Wer die im ausführlichen Bericht wiedergegebenen Gedankengänge genau verfolgt, wird finden, daß wir das meiste von dem, was Brauns durchwegs billigen können. Er betonte die Notwendigkeit wirtschaftlicher Schulung für die neu gewonnenen Mitglieder. Auch die wichtige Rolle des Arbeiters für die Arbeiterklasse wurde von ihm im Vordergrund gerückt. Sogar ihm dünkt die Zerreißen der Arbeiter untereinander als eine unerfreuliche Zettelscheißerei. Er wünscht, auch fernerhin im besten Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu arbeiten.

Robert Schmidt, der Wirtschaftsminister des Reichs und früheres Vorstandsmitglied des ADGB, stellt fest, daß die Arbeiterklasse noch immer schwer unter den Nachwehen des Krieges und unter dem Friedensvertrag leidet. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, am Wiederaufbau mitzuhelfen im öffentlichen Interesse. Natürlich darf die Sozialpolitik nicht da-

runter leiden. Insbesondere muß der Achtstundentag beibehalten werden. Solange Arbeitervertreter in der Regierung sitzen, werde am Achtstundentag nicht zu rütteln sein. Scharf wendet sich der Redner gegen die unerfülllichen Agrarier und gegen die von dieser Seite geplante Brotverteuerung. Auch der sächsische Arbeitsminister Ristau, der preussische Handelsminister Siering und andere sprechen sich in ähnlichem Sinne aus.

Alsdann beginnt Himmeln namens des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes den Reigen der ausländischen Redner. Ueber den Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus muß der Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und gegen die stets drohende Kriegsgefahr geführt werden. Redner gedenkt seines großen Vorgängers Carl Legien und betont, daß die Deutschen das stärkste Glied in der internationalen Kette sind.

Die Rede Huebers-Oesterreich spricht von dem unmöglichen Wirtschaftsgebilde der 6 Millionen Oesterreicher. Er forderte erneut den Anschluß an Deutschland. De Blaes-gat-Belgien wünscht die internationale Einheitsfront der Arbeiter, die in seinem Lande fast erreicht sei. Walker-England schildert in längerer Rede die Auffassung der englischen Arbeiter: Es gibt bei ihnen keinen Haß gegen das deutsche Volk mehr. Julawosky-Polen stellt fest, daß jetzt auch in diesem Lande eine halbe Million Gewerkschaftler sind, die an der gesetzlichen 48stündigen Arbeitswoche festhalten werden. Bemerkenswert ist noch die Ausführung des Holländers v. d. Walle, der sich für Holland einen ebensolchen Arbeitsminister wünscht, wie ihn Deutschland besitzt. Laszai-Ungarn schildert unter lautloser Stille, wie die ungarischen Gewerkschaften stets nach deutschem Muster gearbeitet; ein einziges Mal, zur Rötezeit, seien sie davon abgewichen, und das müßten sie nun bitter büßen! Von Jouhaux-Frankreich, der erst am Nachmittag seine Begrüßungsansprache halten konnte, wurde betont, daß der Friede heute das Wichtigste sei. Kein dauernder Friede ist aber möglich, ohne Zusammenhalten zwischen deutschen und französischen Arbeitern.

Die Wahl des Kongressbureaus ergibt Leipart, Metzel (Metallarbeiter) und Paepow (Bauarbeiter). Die Opposition umfaßt etwas über 200 Stimmen, wovon die größte Hälfte zur USPD gehört. Es zählen also über zwei Drittel der Delegierten zur Mehrheitssozialdemokratie. Beschlossen wird, daß bei namentlichen Abstimmungen 100 Unterschriften erforderlich sind. Zur Frage der Organisationsform sowie zu Punkt 7 Arbeitsgemeinschaften werden Korreferenten bestimmt. Zum Geschäftsbericht soll je ein Redner der drei Richtungen mit verlängerter Redezeit sprechen. Im übrigen beschränkt sich die Fraktionsbildung mit besonderen Sitzungen auf die USPD und SPD.

Leipart als erster Bundesvorsitzender ergänzt hierauf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Seine

wichtigen und beachtenswerten Ausführungen sollten von jedem Gewerkschaftler aufmerksam gelesen werden. Insbesondere schildert er Ursachen und Folgen des Eisenbahnerstreiks, der ganz ungewerkschaftlich geführt wurde. Am Achtfundentag muß unter allen Umständen festgehalten werden. Dabei wandte er sich scharf gegen die sogenannten Sachverständigen. Der Bundesvorstand habe alles getan, was menschenmöglich sei, um die 10 Punkte zur Durchführung zu verhelfen. Es dreht sich dabei aber um ein Programm, das nicht für den Tag aufgestellt war und nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann. Scharf wendet sich Leipart gegen die Versuche der Entstaatlichung und Entkommunalisierung. Notwendiger denn je ist die proletarische Einigkeit.

Für die Kommunisten spricht als erster Diskussionsredner **Walcher** - Stuttgart, der in zwar scharfer, aber ziemlich sachlicher Form Kritik übte am Geschäftsbericht. Er wendet sich gegen die Arbeitsgemeinschaften sowie gegen die Redaktionsführung der „Betriebsrätezeitung“. Der Bundesvorstand müsse auch mit der Erfüllungspolitik gegenüber der Entente brechen. Die 10 Punkte, insonderheit die Erfassung der Sachwerte, mußten zum Kampfobjekt gemacht werden. Auch die „Freiheit“ (Organ der USP.) sei allzuoft Schildknappe des Bundesvorstandes. Man überschätze die Macht des Kapitals und unterschätze die Macht des Proletariats. Auf dem internationalen Gebiet verlasse die Taktik des Bundesvorstandes. Bei kommenden Kriegen begegnen will, muß zum Bürgerkrieg rüsten.

Dihmann spricht für die zweite Oppositionsgruppe. Seine Ausführungen sind — wie man es bei diesem gewerkschaftlichen Haudegen gewöhnt ist — scharf kritisch. Zugrunde legt er drei Fragen: 1. Wie bessern wir die Rechte der Arbeiterklasse? 2. Wie können wir dem Sozialismus die Wege ebnen? 3. Wie können wir am besten die gewerkschaftlichen Kräfte auslösen? Auch er wendet sich gegen die Arbeitsgemeinschaften, gegen die Taktik des Bundes beim Eisenbahnerstreik, gegen die Schlichtungsordnung, gegen die Technische Nothilfe. In der Wirtschaftspolitik sind wir in bezug auf Sozialisierung und Erfassung der Sachwerte keinen Schritt weiter gekommen. Die Einheitsfront bedinge Einheit des Willens. Nicht Koalitionspolitik, nicht Befehle von Moskau, sondern selbständiger gemeinsamer Klassenkampf.

Brey (Fabrikarbeiter, SPD.) spricht gleichfalls mit verlängerter Redezeit und verteidigt unter angespanntester Aufmerksamkeit des ganzen Hauses wirkungsvoll die Haltung des Bundesvorstandes. Parolen aufzustellen, von denen man weiß, sie sind undurchführbar, ist ein Verbrechen. Zweimal hat der Bund 10 Forderungen gestellt, beidemal wäre der Kampf um die Durchführung aussichtslos gewesen. Zur Durchführung des Sozialismus gehört eine geistig einheitliche Arbeiterchaft. Die Arbeitsgemeinschaft ist das Werk einzelner Verbände aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Aus der großen Zahl der übrigen Diskussionsredner mag noch erwähnt werden, daß Kollege **Orlopp** - Essen sich im Sinne Dihmanns ausdrückt und die Schlichtungsordnung als Fessel für die Staats- und Gemeindegewerkschaften, während Kollege **Fleischer** - Leipzig sich die Grundauffassung **Walchers** zu eigen macht und die mangelnde Aktionkraft des Bundes rügt. Die Eisenbahnen werden rentabel gemacht auf Kosten der Arbeiter, die entlassen werden. **Koßur** (Eisenbahner) berichtet über den neu in Leipzig gegründeten freigewerkschaftlichen Beamtenbund.

Mit dem Schlusswort **Leiparts** legte bereits der dritte Tag ein. Er wendet sich scharf gegen **Walcher** und **Dihmann**. Letzterer habe keine aufrichtige Kritik angewendet, weil er die angeblich fehlende Aktivität des Bundesvorstandes beanstandet, obwohl er aus den Beratungen im Bundesauschuß es besser wissen müsse. (Hiergegen wendet sich **Dihmann** in längerer persönlicher Bemerkung.) Zur Frage der Arbeitslosenversicherung sei der ADGB durch frühere Beschlüsse gebunden. Nachdem dann **Leipart** zur Resolution der USP. über den Kampf für die 10 Forderungen einen ausführlichen Kommentar ge-

geben, ebenso **Dihmann** wird diese angenommen, die Resolution **Walcher** (Mißtrauensvotum für den Bundesvorstand) abgelehnt.

Inzwischen hatte die Redaktion kommission der auch unser Kollege **Dittmer** angehörte, die Anträge des Geschäftsberichts gesichtet und vorberaten, so daß außer noch angenommen werden: die Resolutionen zur Jugend- und Lehrlingsfrage, zur Bekämpfung des Militarismus und des Krieges, zur Brotversorgung und Teuerung, zur Freilassung politischer Gefangener (nachdem durch Erklärung der parts der kommunistisch-bundesfeindliche Wortlaut gekhört). Eine Resolution, welche auch die Freilassung Rußland fordert, wird unter allgemeinem Beifall der Kommunisten abgelehnt, vom Kongreß gebilligt. Es gelangen zur Annahme die Anträge zur Steuerreform und zur Wohnungsnot.

Das nun folgende Referat **Körpels** über „Betriebsräte und Gewerkschaften“ entwarf in vieler Beziehung die Ausführungen auf unserer Gas- und Elektrizitätsversorgung in Kassel, worüber wir feinerzeit ausführlich in „Gewerkschaft“ berichteten. Die Diskussion wandte sich scharf gegen **Körpel**, doch wurde eine Resolution angenommen, welche das Hand-in-Yand-Arbeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten fordert und hierfür einzelne Maßnahmen aufstellt.

Für uns besonders wertvoll ist die weiterhin angenommene Resolution **Schmihl**. Sie lautet:

Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, dahin zu wirken, daß

1. das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben auf alle Betriebsangelegenheiten ausgedehnt wird;
2. insbesondere den Betriebsverretungen weitgehende Kontrollrechte eingeräumt;
3. den Betriebsverretungen auf Antrag über alle Betriebsvorgänge Auskunft zu erteilen ist und alle erforderten Maßnahmen zugänglich gemacht;
4. alle arbeitsrechtlichen Sondergesetze und Verordnungen der Reichs-, Staats- und Gemeindegewerkschaften, die Rechte für die volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche, sowie kaufmännische Schulung und Ausbildung der Betriebsverretungsmitglieder auf die Reichsebene übertragen werden.

Da die weiteren Vorberatungen in der Redaktionskommission zu Punkt 4 Organisationsfragen noch nicht hinreichend geklärt waren, kam am Donnerstag früh zum das Referat **Dr. Singheimers** über das zukünftige Arbeitsrecht zum Vortrag. Damit gelangte der Kongreß ohne Zweifel zu seinem Höhepunkt. In wunderbarer eindringlicher, knapper und doch tiefgründiger Darlegung vertrat der Redner, den gespannt lauschenden Delegierten keine dankengänge klarzulegen. Wenn auch die Stimme des Vortragenden nicht für den riesigen Raum ausreichte, so fand doch die Aufmerksamkeit keinerlei Abtrag. Alles scharte um die Tribüne des Redners, der in freier Rede die grundsätzliche Stellung des Margifsten zum gegenwärtigen Arbeitsverfahren, insonderheit aber zum Koalitionsrecht darlegte. Er bringen an anderer Stelle das Referat etwas ausführlicher und verweisen noch auf den Beschluß des Kongresses. Das Referat baldmöglichst gedruckt den Delegierten und Arbeitsgemeinschaften zugänglich zu machen. **Singheimer** fordert bessere Arbeitsrechtspflege, Selbstverwaltung des Arbeiterrechts, autonomes Arbeitsrecht, dabei wandte sich der Vortragende gegen die Technische Nothilfe. Sie muß durch Selbsthilfe der Produktionsmittel von Seiten der Arbeiter ersetzt werden. Koalition ist die Grundlage unseres Volkslebens. Koalition ist ewiges Lebensrecht auch in einer sozialistischen Gesellschaft. Mitbestimmungsrecht und neues Arbeitsrecht sind neue Freiheitsepochen der Menschheit.

Die Diskussion war kurz und etwas dürftig. Der kommunist **Enderle** verwarf die Wege zur Durchführung der Forderungen **Singheimers**, ohne sie selbst zu nennen. Er

elt begründet die...
 richtet, daß die...
 schiedert werde...
 gelimern, in we...
 heit, Kultur und...
 Ein Antrag de...
 den Inhalt aber...
 großen Teil en...
 mit 433 (485...
 gelehnt. Ebenso...
 alcher zur Abl...
 des zu den G...
 imers wird hi...
 Admann sprich...
 litten und B...
 der intereßanten...
 litten. Wer Tar...
 ge anerkenne, m...
 der Anwaltrie hat...
 mündig der Gleic...
 geß genommen...
 Simon als...
 Arbeitsgemein...
 Verträge...
 Arbeitsgemein...
 über Kapital...
 Bel...
 wählten leich...
 entgegenfals...
 Ein Freit...
 Arbeitsgemein...
 schen der Ar...
 (Arbeiter) be...
 wören wäre, w...
 gearbeitet hätte...
 die namentl...
 Arbeitsgemein...
 die ist: 345 (2...
 nein. Der...
 Es fand...
 gresses statt...
 schlag teil...
 20 000 Arb...
 waren...
 über, Silber...
 Da der Bund...
 schheit für die...
 über zu über...
 über Entschlie...
 gebracht...
 über 2...
 Der Kong...
 Austritt...
 gelehnt wurde...
 haben hat, te...
 land ver...
 teil der Dele...
 arbeit in der...
 werten zu...
 geeignet sind...
 zu fördern...
 Der Kong...
 gelächene...
 point über...
 amreß be...
 gewerkschaft...
 haben die...
 Bestände...
 zwischen...
 schelmord...

...it begründet die Resolution des Bundesvorstandes und ...chreibt, daß die Schlichtungsordnung im Reichstag noch ...schlichtert werde. Mit einem wundervollen Schlusswort ...heimers, in welchem er an die Zusammenhänge von ...Kultur und Geist erinnert, schließt der Vormittag.

Ein Antrag der USP. über die Schlichtungsordnung, ...Anhalt aber in verschiedenen anderen Resolutionen ...großen Teil enthalten ist, wird in namentlicher Abstimm- ...ung mit 433 (4 850 000 Mitglieder) gegen 214 (2 208 000) ...gelehnt. Ebenso gelangt die Resolution Enderle ...cher zur Ablehnung. Die Resolution des Bundesvor- ...des zu den gedruckt vorliegenden Vorklagen Sing- ...imers wird hierauf angenommen.

Wissmann spricht Wissell über „Arbeitsgemein- ...schaften und Wirtschaftsstände“. Seine gleichfalls ...interessanten Darlegungen befürworten die Arbeitsgemein- ...schaften. Wer Tarifgemeinschaften und überhaupt Tarifver- ...anerkenne, müsse auch für Arbeitsgemeinschaften sein. ...Industrie hat nur unter Widerstreben zugestimmt. Der ...andlag der Gleichberechtigung muß von uns praktisch in ...genommen werden.

Simon als Korreferent bezweifelt Wert und Erfolg ...Arbeitsgemeinschaften, worüber Wissell nichts gesagt habe. ...Tarifverträgen ist die Nachfrage im Hintergrunde, bei ...Arbeitsgemeinschaft kann sie nicht zum Ausdruck kommen. ...Kapital und Arbeit besteht ein unüberbrückbarer ...Bei Unaufgeklärten kann durch die Arbeits- ...schaften leicht der Gedanke aufkommen, daß es keinen ...Gegensatz gibt.

Am Freitag früh setzte die Diskussion über die Ar- ...beitsgemeinschaften ein, in der auch Dismann sich gegen ...Arbeitsgemeinschaften wandte und Beispiele über das ...ragen der Arbeitsgemeinschaften anführte. Bruhns ...Metallarbeiter) bemerkt demgegenüber, daß vieles besser ge- ...den wäre, wenn die größte Organisation der Metallarbeiter ...arbeit hätte. Nach den Schlussworten der Referenten ...die namentliche Abstimmung über die Ablehnung der Ar- ...beitsgemeinschaften vorgenommen, deren Ergebnis das fol- ...de ist: 345 (3 582 429 Mitglieder) mit ja, 327 (3 803 238) ...mein. Der Antrag ist also mit schwacher Mehrheit ab- ...lehnt. Es fand alsdann um 4 Uhr eine Vertagung des ...tages statt, um an der Straßendemonstration auf dem ...platz teilzunehmen. Insgesamt demonstrierten etwa ...00 000 Arbeiter gegen Brotwucher und Teuerung. ...waren Bren, Dismann, Balcher, Baumeister, Toni ...ber, Silberstein.

Da der Bundesvorstand Bedenken trug, bei der schwachen ...heit für die Arbeitsgemeinschaften die Verantwortung ...über zu übernehmen, wurde vom Bundesauschuß eine be- ...dere Entschliebung vorgelegt. Obwohl nicht zur Abstim- ...ung gebracht, gehen wir den Wortlaut wieder, da offen- ...über 2/3 des Kongresses dahinter standen:

Der Kongress erklärt, daß die Abstimmung über den Antrag ...Austritt aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft, der zwar ab- ...gelehnt wurde, für den sich aber eine erhebliche Minderheit ent- ...schieden hat, keine grundsätzliche Entscheidung über die vom Bundes- ...vorstand vertretene wirtschaftspolitische Auffassung bedeutet. Ein ...Teil der Delegierten lehnt aus Zweckmäßigkeitsgründen die Mit- ...arbeit in der zentralen Arbeitsgemeinschaft ab, ohne jedoch darauf ...zu bestehen, alle sonstigen Möglichkeiten zu benutzen, die ...sind, die Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie ...zu fördern.

Der Kongress erkennt an, daß die vom Bundesvorstand ein- ...geschlagene Richtung in der Gewerkschaftsarbeit und Wirtschafts- ...politik übereinstimmt mit den auf dem Nürnberger Gewerkschafts- ...kongress beschlossenen Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der ...Gewerkschaften. Er fordert den Bundesvorstand auf, auf dem ...boden dieser Richtlinien seine Tätigkeit fortzusetzen, bis veränderte ...Verhältnisse eine andere Taktik bedingen.

Entscheidend ist dem Gewerkschaftskongress der unerhörte ...Anschlag des Ministers Walter Rathenau bekannt-

geworden. Unter dem Banne dieses furchtbaren Ereignisses gaben alle drei Richtungen scharfe Erklärungen gegen die monarchistische Reaktion ab. Es wurde einmütig folgende Resolution beschlossen:

„Der Gewerkschaftskongress hat mit diesem Abscheu die Gewißheit erfahren, daß der Reichsminister des Innern Dr. Walter Rathenau das Opfer eines elenden Muehlmordes geworden ist. Der Kongress erblickt in diesem Mordtat einen neuen planmäßigen Angriff auf den Bestand der Republik, der der Verstorbenen seine Kraft bis zur letzten Stunde gewidmet hat. Der Kongress spricht nicht nur seine Entrüstung über diese Gewalttat aus, sondern fordert von der Reichsregierung nunmehr wirklich durchgreifende Maß- nahmen gegen die mit solch verbrecherischen Mitteln arbeitenden Feinde der Republik. Weil aber der Kampf der Monarchisten und Reaktionäre zugleich ein Kampf gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse und gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, ruft der Kongress die gesamte Arbeiterschaft auf, von ihrer Selbstverteidigung im politischen Meinungsstreit abzulassen und einmütig alle Kräfte zur Nebekämpfung der Reaktion zusammenzufassen. Der Kongress empfiehlt der gesamten Arbeitnehmerschaft, diesen ihren einmütigen Willen eindringlich zu bekunden durch eine gemeinsame Arbeitseinstellung am kommenden Dienstag nachmittag unter Veranlassung machtvoller öffentlicher Kundgebungen. Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit dem AIZ-Bund und den sozialistischen Parteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß, die Sicherung der Republik und der Rechte der Arbeiter gegen jeden reaktionären Angriff durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlichen Ämter, einschließlich der Richterstellen, von allen Elementen, die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen. Der Kongress erwartet von allen Mitgliedern der Gewerkschaften den entschlossenen Willen, auch mit ihrem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik ein- zusetzen.“

Ueber den für unseren Verband wichtigsten Punkt der Tagesordnung, „die Organisationsformen“, sowie über die Bundesaufgaben werden wir in der nächsten Nummer ausführlicher berichten. Immerhin ist die erfreu- liche Tatsache festzustellen, daß der Leipziger Gewerkschaftskongress die an ihn gestellten Erwartungen auf diesem Gebiet durchaus erfüllt hat. Wir haben die Bahn freigemacht für die Entwicklung zu Industrieverbänden mit fester umrissenen Grenzen. Die Resolution Dismann hierzu, die mit 4 865 000 gegen 2 207 918 Stimmen ange- nommen wurde (die Landarbeiter mit fast 700 000 Stimmen enthielten sich der Abstimmung, obwohl sie selber eine ausgesprochene Industrieorganisation sind), hat folgenden Wortlaut:

Die allgemeine ökonomische Entwicklung vollzieht sich in schnellem Tempo zu großen industriellen Unternehmungen und damit zur Konzentration kapitalistischer Kräfte. Der großindustrielle Entwicklungsprozeß hat weiter dazu geführt, daß eine Trennung der Unternehmungen auf rein beruflicher Grundlage mehr und mehr in den Hintergrund tritt. An ihre Stelle sind Industrie- unternehmungen getreten, die im Produktionsprozeß eine Reihe einzelner Fachgruppen einheitlich umfassen. Die organische Zusammenfassung kapitalistischer Kräfte geht jedoch darüber hinaus. Sie beginnt mit der Erzeugung und Gewinnung der Rohstoffe. Die Erzeugung und Gewinnung von Rohstoffen, ihre weitere Ver- arbeitung und Ausnutzung der sich ergebenden Nebenprodukte, der Transport und Verkauf der Ware stehen vielfach in engerer Verbindung.

Dieser Entwicklungsgang wird von kapitalistischer Seite mit allen Kräften gefördert. Das zeigt sich in der Verbindung zusammenhängender oder verwandter Industriezweige, darüber hinaus in der Bildung von Konzernen, die mehr und mehr das ganze Wirtschaftsleben beeinflussen. Bei handwerksmäßigen Betrieben treten noch vielfach Kleinunternehmer hervor. Die Arbeiter der verschiedenen Handwerksberufe sind jedoch öfter an einem gemeinsamen Arbeitsplatz beschäftigt, so im Baugewerbe. Nach bei den handwerksmäßigen Betrieben vollzieht sich ein engerer organisatorischer Zusammenschluß.

Im Kampfe der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeits- bedingungen muß deshalb dem strikt organisierten Unternehm-

tum eine in große, leistungsfähige Industrieorganisationen zusammengefaßte Arbeiterkraft entgegengestellt werden. Der Gewerkschaftskampf wird beachtet und ein einheitliches Arbeiten aufs äußerste erschwert, wenn mehrere Berufsorganisationen in einer Industriebranche ihr Betätigungsfeld erblicken. Dasselbe trifft zu, wenn bei Tarifverhandlungen einem Unternehmer von einer einheitlichen Unternehmergruppe eine Anzahl von Berufsorganisationen gegenübersteht. Dies führt zu einem unnötigen Verbrauch an Kräften und Mitteln.

Die an die Gewerkschaften gestellten Anforderungen sind in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Die Aufgaben der Betriebsräte, sowie die Wirtschaftsfragen und die mit allen Kräften anzustrebende Sozialisierung können nicht genügend auf der Grundlage des einzelnen Berufs gefördert werden. Das kann erfolgreich nur durch Industrieorganisationen geschehen.

Aus allen diesen Gründen hält der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress eine grundlegende Änderung der bisherigen Gewerkschaftsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechts für notwendig. Für große zusammenhängende Industrien, z. B. Bergbau, Hütten- und Metallindustrie, Baugewerbe, Graphisches Ge-

werbe, Transport- und Verkehrsgewerbe, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, Leder- und Bekleidungsindustrie, Holzindustrie, Lebensmittelindustrie, Land- und Forstwirtschaft, Weinbau und Gärtnerei, sind einheitliche Industrieverbände zu errichten oder zu schaffen. Dies geschieht durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen.

Ausgehend von dieser Anschauung, beauftragt der Kongress den Vorstand und Ausschuß des DGB, in kürzester Zeit Vorläufe auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorliegt. Diese Vorläufe sind zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung vorzulegen.

- Kob. Dismann, Metallarbeiterverband. Frh. Doppen, Arbeiterverband. J. Husemann, Bergarbeiterverband. J. Bräuer, Brauerei- und Mühlenarbeiterverband. E. Haneisen, Druckereiarbeiterverband. J. Thomas, Dachdeckerverband. A. Krause, Färbereiarbeiterverband. J. Müntzer, Gemeindefreie- und Staatsarbeiterverband. Joseph Simon, Schuhmacherverband. A. Schraber, Textilarbeiterverband. O. Schumann, Transportarbeiterverband.

2. Konferenz zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendarbeit

Leipzig, den 22. Juni 1922.

Am 17. und 18. Juni fand die 2. Jugendkonferenz in Leipzig statt. Nachdem unser Verbandsvorstand durch Umfrage in etwa 30 größeren Filialen festgestellt hatte, daß in diesen über 3000 Jugendliche bei uns organisiert sind, wurde Kollege Dittmer mit deren Vertretung auf der Konferenz betraut. Außerdem war auch Kollege Weinage-Essen als Vertreter des Jugendkartells anwesend und nahm wiederholt zu den einzelnen Fragen Stellung.

Im allgemeinen ist festzustellen, daß die Konferenz einen trefflichen Verlauf nahm, trotzdem eine kleine Zahl von jugendlichen „Kommunisten“ ein wenig scharf ins Zeug ging.

Die Kollege Dittmer als Mitglied der Mandatprüfungs-Kommission feststellte, waren 64 Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralen, 69 Vertreter der örtlichen Gewerkschaftsfilialen und 41 Vertreter der Ortsausschüsse (Jugendkartelle) anwesend. Dazu 10 Gäste von der Arbeiterjugend, Sozialistischen Proletariatsjugend usw. und zwei Vertreter des DGB und einige Auslandsvertreter.

Den Bericht des Jugendsekretariats des DGB gab der Sekretär Raschke, Berlin. Von der Berichterstattung wurden 352 858 Jugendliche erfasst, davon allein 224 207 bei den Metallarbeitern. Die Zahl der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder in den Verbänden des DGB beträgt 464 000, die bei den AFD-Verbänden 32 000, zusammen 496 000 jugendliche Gewerkschafter. Eine Reihe von Verbänden geben besondere Jugendzeitschriften oder Jugendbeilagen zum Verbandsorgan heraus, einige größere Gewerkschaften unterhalten besondere Jugendsekretariate. Die kleineren Verbände berufen sich auf die Verbandsorgane die Interessen ihrer jugendlichen Mitglieder. Die kommunistische Richtung war zur Mitarbeit zugezogen, hat sich jedoch abseits gestellt. Die Anerkennung des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes müsse als Bedingung für die Mitbeteiligung gestellt werden.

An der Diskussion wurden eine Reihe Jugendfragen — Fortbildungsschulwesen, Jugendfürsorge, Jugendpresse — erörtert.

Der Antrag auf Aufnahme der kommunistischen Jugendorganisation in den Reichsausschuh der Arbeiterjugendorganisationen wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Weiter wurde beschlossen, zur wirksamen Vertretung der Interessen der jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften für das Jugendsekretariat des DGB einen Beirat zu bilden. Der Bundesausschuh wählt aus den von den Verbandsvorständen gemachten Vorschlägen je ein Mitglied für jede Reichsbetriebsrätegruppe. Die Metallarbeiter erhalten zwei Vertreter.

Ueber die Neugestaltung des Lehrlingsrechts und die notwendigen Änderungen der Gewerbeordnung berichtete Weizner-Berlin. Er betonte die Reformbedürftigkeit des geltenden Lehrlingsrechts, insbesondere in der Gewerbeordnung und wandte sich gegen die Auffassung des Lehrverhältnisses als Erziehungs- anstatt als Arbeitsverhältnis. Die gesetzliche Neugestaltung sei in der Schwere und hierzu müßten die gewerkschaftlichen Forderungen gehörig vertreten werden, die im Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit vorgesehen sind. Es seien paritätische Vertretungen zu schaffen und die tüchtigsten Vertreter hineinzubringen. Die Innungsschiedsgerichte müssen beseitigt werden. Die Umgehung der tariflichen Regelung der Lehrbedingungen müsse verhindert werden. Der DGB solle nicht wieder drei Jahre warten, bis im Reichstag die Lehrlingsfrage behandelt wird. Zum Schluß begründete der Referent eine entsprechende Entschiedenheit, wonach von der Reichsregierung die sofortige Außerkräftsetzung der einer besseren Regelung des Lehrlingswesens entgegenstehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung zu fordern ist und die beschleunigte Vorlage eines allgemeinen Berufsausbildungsgesetzes für alle Berufe, das der tarifvertraglichen Regelung des Lehrlingswesens freie Bahn läßt und den gesetzlichen Rahmen bietet, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt zur

Regelung des Lehrlingswesens zu berufen. An den Vortrag schloß sich eine ausführliche Diskussion. Nach einem Schlußwort der Referenten wurde eine Kommission bestellt zur Zusammenfassung vorliegenden Anträge.

Ueber Lehrwerkstätten sprach Ingenieur H. Fröhlich-Berlin. Redner behandelte die verschiedenen Arten der Lehrwerkstätten als ideale Schule der sozialen Erziehung die Lehrlinge. Er gab einen sachkundigen Ueberblick über die Tätigkeit der Lehrwerkstätten bei der Reichsbahn und größeren Industrieunternehmen. Doch wo viel Licht, sei auch Schatten. Die Arbeit führe leicht zur Einseitigkeit, die Freizügigkeit werde einseitig und nur reine Fachmenschen erzogen. Die Auswahl der Schüler solle unter Berücksichtigung persönlicher Momente, die Bekämpfung der Privatangelegenheiten und somit zu sehr abhängig. Die Betriebe müßten ein Mitbestimmungsrecht auf die Werkstätten erhalten. Redner schilderte dann die staatlichen Fachschulen, die meist noch ein Bedürfnis bestritten werde. Er kam zu dem Schluß, daß die Industrie verpflichtet werden müsse, bei einer gewissen Schwellenwertzahl Werkstätten zu errichten. Schwieriger sei die Befreiung für ländliche Gegenden, für die Sammelwerkstätten zu schaffen. Daneben seien Lehrlingsheime zu errichten, die mit der Erziehung der Allgemeinbildung dienen sollen. Als die zukünftigen Aufgaben einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung ist ein tüchtiger Nachwuchs zu erziehen.

Dr. Herrling ergänzte die Ausführungen des Referenten mit Vorschlägen für die Ausbildung von Gewerbelechtern aus den Reihen der Arbeiterenschaft an Stelle von Dekanatsberatern usw. und Berufsschulung ein, sowie für die Ergründung des nötigen Einflusses auf die Zentralstelle im preussischen Handelsministerium.

Am zweiten Verhandlungstag wurde die Diskussion über Lehrwerkstätten fortgesetzt. Sie förderte viele instructive Gesichtspunkte zutage. Die Anträge wurden an eine Kommission übergeben.

Zum „Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit“ sprach Dr. Löwenberg. Die Gewerkschaften seien vor neue Aufgaben gestellt, deren Wesen man zunächst erkennen müsse. Es gelte die Durchdringung der kulturellen mit wirtschaftlichen Aufgaben. Das Programm müsse sich zwar auf die Zukunft, dennoch auf das Erreichbare einstellen. Die Forderungen stellten sich in solche an die Gesetzgebung und solche an die Gewerkschaften. h. an uns selber. Mit Rücksicht sei die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Vordergrund zu stellen. Redner erläuterte dann die einzelnen Punkte des unterbreiteten Programms. Nicht um die Abfassung von Resolutionen handelte es sich, sondern um die Leistung praktischer Arbeit. Die Jugendbewegung ist für die ältere Arbeiterenschaft ebenso notwendig wie für die Jüngere selber, weshalb sie auch die Unterstützung der Gewerkschaften beanspruchen kann.

Die „Musterfassungen für die gewerkschaftlichen Jugendkartelle“ erläuterte Piesch (Eisenbahner)-Berlin. Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit und die Musterfassungen für die gewerkschaftlichen Jugendkartelle sind vorbehaltlich der Änderungen, die der Bund vornimmt, angenommen.

Einstimmig angenommen wurde folgende Entschiedenheit: „Die Jugendkonferenz richtet an den Gewerkschaftsvorstand folgende Ersuchen, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß der zuständige Reichsministerien ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Neuregelung des Lehrlingswesens und die berufliche Ausbildung zu veröffentlichen und zu verabschieden. ... Unabhängig von der Verabschiedung dieses Gesetzes sind ohne Verzug alle gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen, die der tarifvertraglichen Regelung des Lehrlingswesens hindernd im Wege stehen.“

Der Gewerkschaft...
...erhöhte...
...Gewerkschaft...
...Program...
...für die g...
...der sich d...
...Gewerkschaft...
...des DGB...
...über die Ju...
...Bühne...
...Anträge...
...Gleichbere...
...Ausgabe ein...
...Materialien...
...Beratung der...
...Nach ein...
...Konferenz...
...Da ein erheb...
...als Bechlin...
...Wir mö...
...haben, daß...
...werden und...
...

Geier Mi...
...auf...
...Berichte...
...haben, so...
...Wilt...
...Organ...
...mit de...
...Organ...
...berichts...
...dem Gau W...
...Berichte...
...förmlich d...
...Verband...
...

Leipzig...
Berlin...
Brandenburg...
Bremen...
Dresden...
Dortmund...
Düsseldorf...
Erfurt...
Frankfurt...
Frankfurt...
Halle...
Hamburg...
Hannover...
Karlsruhe...
Kiel...
Köln...
Königsberg...
Leipzig...
Münster...
Nürnberg...
Paderborn...
Regensburg...
Stuttgart...
Tübingen...
Wuppertal...
Zürich...
...

Der Gewerkschaftslehre möge allen Gewerkschaften zur Pflicht machen, sich der Jugendsache künftig noch mehr als bisher anzunehmen, und besonders die der jugendlichen Seite des Jugend- und Lehrvereins erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Der Gewerkschaftslehre steht in dem von der Jugendkongress beschlossenen Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit geeignete Maßnahmen für die jugendliche und die praktische Arbeit. Zur Durchführung der sich daraus ergebenden beruflichen Aufgaben sind von den Gewerkschaften kritische Jugendkommissionen und von den Ortsvereinen des A.D.B. Jugendabteilungen zu bilden.

Über die Jugendarbeit der Gewerkschaften" des Wilhelm-Berlin. Nach der Diskussion wurden verschiedene Anträge angenommen. Gefordert wird u. a. die vollständige Gleichberechtigung der Jugendlichen in den Gewerkschaften, Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Jugendlichen und Material für die Funktionäre durch den A.D.B. und Unterstützung der jugendlichen Gefangenen aus den revolutionären Kreisen. Nach einem Schlusswort schloß der Vorsitzende Sassen die Konferenz um 5 Uhr nachmittags.

Da ein erheblicher Teil unserer Kollegen gleichfalls Söhne und Töchter als Becheline hat, haben wir den Bericht etwas ausführlicher gehalten. Wir möchten nur wünschen, daß unsere Kollegen auch verstehen, daß ihre Kinder gleichfalls von der Jugendarbeit mitgezogen werden und so frühzeitig zu freien Gewerkschaftlern erzogen werden.

Unter Mitgliederstand am 1. Juni 1922.

Man auf Grund der für den Monat Mai zur Einsendung der Berichtstärken über den Verlauf der Mitgliederbewegung haben, so muß festgestellt werden, daß die rückläufige Bewegung des Mitgliederstandes noch nicht zum Abschluß gelangte. Dieser dieser Bewegung hat zu gelten: Uebertritt der Kollegen zu anderen Organisationen, weil sie einestheils ihr Beschäftigungsgebiet mit den Stadtgemeinden lösten und in anderen nicht mit der Organisation zuständigen Betrieben in Arbeit traten und zweitens, daß wir dem Landarbeiterverband über 500 Mitglieder dem Gau München-Land überwiesen haben, weil sie zum Zuständigkeitsgebiet dieser Organisation gehörten. Beim vorliegenden Bericht kommt diese Ueberweisung der Mitglieder an den Landarbeiterverband zum Ausdruck.

Gau	Zahl der Mitglieder am 1. Mai 1922	Zahl der Mitglieder am 1. Juni 1922			± Abnahme d. Mitglieder	Zahl der Arbeitslosen
		zunehmend	abnehmend	gesamten		
Bayern	8201	2827	833	8160	+ 181	67
Berlin	49213	39633	12390	49023	+ 230	505
Bielefeld	8320	2822	507	8329	+ 9	9
Brandenburg	5294	4422	961	5403	+ 119	34
Bremen	7281	6080	602	7262	+ 1	27
Breslau	15101	11459	8694	15143	+ 42	556
Burgund	4718	8701	1053	4754	+ 36	—
Dresden	10715	8581	2103	10684	+ 81	82
Düsseldorf	11870	9629	2085	11724	+ 148	8
Düsseldorf	6328	5240	1136	6376	+ 48	25
Düsseldorf a. R.	16279	13061	2302	15883	+ 416	104
Düsseldorf a. D.	1893	1815	258	1873	+ 20	29
Halberstadt	8750	8245	557	8902	+ 53	18
Halle	2757	2027	748	2775	+ 18	9
Hamburg	23180	18728	4648	23371	+ 211	184
Hannover	7380	6385	1129	7494	+ 114	18
Hartleube	5424	4835	855	5490	+ 66	18
Bez. Sinaen	1183	937	148	1080	+ 58	42
Bez. Unterbaden	4540	4004	412	4416	+ 124	5
Hiel.	4224	3308	828	4130	+ 94	98
Rhein-Bonn	11872	10548	1301	11847	+ 23	9
Rönsberg i. Pr.	7473	6032	1462	7497	+ 24	206
Bez. Danzig	8286	2880	569	8408	+ 122	67
Regio	6585	4757	1837	6594	+ 9	27
Siedlitz	8072	8981	1134	5115	+ 48	92
Siedlitz	6168	5157	955	6152	+ 11	130
Siedlitz	6588	5405	1179	6585	+ 1	11
Siedlitz-Stadt	8043	5900	2110	8110	+ 14	28
Siedlitz	4748	3501	506	4007	+ 786	43
Siedlitz	1536	1428	259	1682	+ 6	8
Siedlitz	7901	7073	810	7380	+ 21	110
Siedlitz	8845	8202	616	8819	+ 36	28
Siedlitz	5996	4742	1110	5952	+ 44	206
Siedlitz	6156	5842	896	6212	+ 56	9
Siedlitz	7865	6428	1438	7866	+ 1	91
Siedlitz	98	68	80	98	—	—
Gesamtmitglieder	281068	226438	83516	279954	+1114	3040

Die Einsendung der Berichtstärken für den Monat Mai erfolgte aus 777 Filialen, während 140 Filialen bis zum für die Einsendung festgelegten Termin mit der Uebermittlung der Angaben in Bezug blieben. Die 777 berichtenden Filialen brachten 263 283 Mitglieder zur Meldung. Für die 140 nichtberichtenden Filialen mußten die Mitgliederziffern des Vormonats für die Berücksichtigung eingesetzt werden, die 16 671 Mitglieder betragen. Insgesamt wurden demnach unter Berücksichtigung der vorerwähnten Verhältnisse 279 954 Mitglieder ermittelt. Der Anteil der Kollegen an der Gesamtziffer beträgt 226 438 Mitglieder, während die Kolleginnen 53 516 Mitglieder aufweisen.

Gegenüber den Mitgliederzahlen des Vormonats mit insgesamt 281 068 Mitgliedern ist demnach ein Rückgang von 1114 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Verlust entfällt restlos auf die männlichen Mitglieder, bei denen unter Berücksichtigung der Ziffer des Vormonats (227 652 Mitglieder) ein Verlust von 1214 konstatiert wird, so daß nunmehr noch 226 438 männliche Mitglieder vorhanden sind. Ein kleiner Ausgleich dieses Verlustes tritt durch die Erhöhung der weiblichen Mitgliederziffern ein. Im Bericht nach dem Ende vom 1. Mai waren 53 416 Kolleginnen in unserer Organisation vereint, im vorliegenden Bericht 53 516 Kolleginnen. Der Gewinn im Monat Mai beträgt demnach 100 Kolleginnen.

Die Tabelle unterrichtet über den Verlauf der Mitgliederbewegung innerhalb der einzelnen Gauen. Eine wesentliche Abnahme gegenüber dem Vormonat haben die Ziffern der Arbeitslosen erfahren, die von 4121 arbeitslosen Mitgliedern auf 3040 zurückgegangen sind. Beim Studium der Tabelle springt klar in die Augen, daß die geringsten Arbeitslosenziffern innerhalb unseres Organisationsgebiets aus Rhein- und Westfalen, Süd- und Südwestdeutschland gemeldet werden.

Die Verhandlungen über den 11. Lohn tariff der Gemeindearbeiter in Berlin.

Das Tarifkartell für die Gemeindebetriebe überreichte dem Magistrat am 16. Mai d. J. für den 11. Lohn tariff nachstehende Anträge:

1. Auf die durch Schiedspruch vom 14. April 1922 und dem schluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 1922 festgelegten Lohnsätze für den 10. Lohn tariff beantragt das Tarifkartell eine Stundenloohnerhöhung von 7 Pf. mit Wirkung vom 1. Juni 1922 auf die Dauer des Monats Juni.
2. Als Vollarbeiter gelten alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre.

Die Verhandlungen über die Anträge fanden Ende Mai und Anfang Juni statt und zeigten nachstehendes Ergebnis:

1. Auf die durch Schiedspruch vom 30. Mai 1922 festgelegten Löhne wird ab 1. Juni 1922 für alle über 18 Jahre alten Vollarbeiter eine Stundenloohnerhöhung von 2,50 Pf. gewährt.
2. Jugendliche männliche erhalten: im Alter von 14 Jahren 40 Proz., im Alter von 15 Jahren 50 Proz., im Alter von 16 Jahren 55 Proz., im Alter von 17 Jahren 60 Proz. der Löhne der ungelernen Vollarbeiter.
3. Die Mindererwerbsfähigen erhalten auf die Löhne des Schiedspruches vom 30. Mai vorab einen Zuschlag von 10 Proz., außerdem auf die so normierten Löhne den verhältnismäßigen Zuschlag.

Weibliche erhalten 75 Proz. der so errechneten männlichen Löhne. Bezüglich des weiblichen Personals der Pflegeanstalten sollen erneut Verhandlungen aufgenommen werden über die Frage, inwieweit Pflegerinnen usw. vollwertige Männerarbeit verrichten.

Die Vertreter des Magistrats erklären, für die Anerkennung aller über 21 Jahre alten Arbeiter als Vollarbeiter eintreten zu wollen.

Der Magistrat lehnte im Hinblick auf die schwebenden Tarifverhandlungen für die Reichsarbeiter die Zustimmung zu diesem Abkommen ab.

Im Anschluß an die Beschlüsse über die Regelung der Lohnverhältnisse der Reichsarbeiter hat der Magistrat in einer außerordentlichen Sitzung am 22. Juni 1922 unter Berücksichtigung der Verhandlungen mit dem Tarifkartell vom 2. Juni 1922 die nachstehenden Lohnsätze für Juni und folgende Monate angenommen:

Die Erhöhung für die städtischen Arbeiter ergibt als Bestarbeiterlohn (für den über 24jährigen Arbeiter): Ungelernte, anfangs 20,05 Pf., nach einem Jahr 21,45 Pf.; angelernte, anfangs 21,55 Pf., nach einem Jahr 22,05 Pf.; gelernte, anfangs 22,60 Pf., nach einem Jahr 23,10 Pf. — Die übrigen Altersklassen erhalten 14jährig = 40 Proz., 15jährig = 50 Proz., 16jährig = 55 Proz., 17jährig = 60 Proz., 18—21jährig = 80 Proz., 21—24jährig = 90 Proz. — Die Vollarbeiter von 21 bis 24 Jahren werden wie über 24jährige behandelt. — Die Mindererwerbsfähigen erhalten den Prozentsatz wie im Verhandlungsergebnis vom 2. Juni. — Die

Raffentransporte nach Polen Sowjetrußland vor einer vernichtenden Niederlage gerettet und auch bei anderer Gelegenheit gezeigt, daß sie sehr wohl großes Unheil von den Völkern fernzuhalten weiß.

Hueber Wien schildert eindringlich die Not Österreichs in jetziger Zeit und überbringt die Grüße der österreichischen Gewerkschaften. Seine Rede ist eine schwere Anklage gegen die Politik der Entente, die Österreich in die schwierige Lage gebracht habe. Es sprachen noch Naemont-Brüssel, Water-London, Johansen-Stockholm, Jacobsen-Kopenhagen, Bonnevit-Norwegen, Zolawski-Warschau, v. d. Walte-Amsterdam, Dürr-Bern, Saszai-Budapest und Schintgen-Luzemburg.

Auf eine Anfrage, warum die Russen nicht eingeladen sind, erklärte Leipart, daß alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften, zu denen die Russen leider noch nicht gehören, eingeladen wurden.

Ramens der AP übermittelte Auffäuser die kameradschaftlichen Grüße der freien Angestellten.

Es wurde dann in die Wahl der Vorstehenden eingetreten. Es wurden gewählt als Vorstehende: Leipart (Holzarbeiter), Reichel (Metallarbeiter), Páplow (Bauarbeiter).

In der Nachmittags-Sitzung wurden die Schriftführer gewählt; ferner eine Redaktionskommission für alle Anträge und Arbeiten des Kongresses. Letzterer gehörte auch unser Kollege Dittmer an. Der Antrag, die Delegiertenziffer für namentliche Abstimmungen von 50 auf 100 zu erhöhen, löste längere Debatten aus, wurde aber mit 332 gegen 304 angenommen.

Alsdann gab Leipart den Geschäftsbericht. Besonders ausführlich beschäftigt er sich mit dem Streit der Eisenbahnbeamten. Die Reichsgewerkschaft hat es an jeder Vertändigung mit den übrigen Gewerkschaften fehlen lassen. Ein Eisenbahnerstreik darf nur dann eintreten, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Der Bundesvorstand hat die Pflicht, darüber zu wachen, daß mit gewerkschaftlichen Mitteln kein Mißbrauch getrieben werde. Versuchen müsse man den Ausbruch solcher Bewegungen aus der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage. Für die Arbeitnehmer gibt es eben kein anderes Mittel, der Not zu begegnen, als fortgesetzte Lohnbewegungen. Die Lage der Arbeiterschaft hat sich fortgesetzt verschlechtert. Im allgemeinen ist über die Durchführung des Achtstundentages in Deutschland kein Anlaß zur Klage. In diesem selbst darf nicht gerüttelt werden. Auch durch das neuerfindene Schlagwort der schematischen Anwendung des Achtstundentages darf man sich nicht irren lassen. Wenn auch die Revolution in Deutschland nicht gekommen wäre, so hätte doch der Achtstundentag seinen streitigen Einzug gehalten. Volkswirtschaftler haben ausgerechnet, daß die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen eine Herabsetzung der Arbeitszeit in Deutschland von 8 auf 14 Stunden bedinge. Die deutsche Arbeiterschaft ist für Erfüllungspolitik, müsse es aber ablehnen, dafür den Achtstundentag zum Opfer zu bringen. Das planmäßige Vorgehen der deutschen Unternehmer gegen die 46-Stunden-Woche ist auch ein Ausfluß des Kampfes gegen den Achtstundentag überhaupt. Man hat dem Bundesvorstand vorgeworfen, daß er nicht aktiv für die Verwirklichung seiner eigenen Forderungen, insbesondere der 10 Punkte eingetreten sei. Diese Kritik entspringt einem starken Vertrauen in die gewerkschaftliche Bewegung. Aber diese Forderungen sind nicht für den Tag aufgestellt, sondern bedeuten ein Ziel, das nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann. In erster Linie sind diese 10 Punkte aufgestellt worden als Gegenforderungen gegen die freche Annahme der Unternehmer, die Staatsbetriebe in Privatbesitz zu überführen. Auslieferung der staatlichen und kommunalen Betriebe in die Hände der Privaten hat uns immer mehr vom Sozialismus entfernt. Es wäre eine große Tat des Kongresses, wenn er einen Weg zeigen könnte zur Wiederherstellung der proletarischen Einigkeit. Zum Schluß weist Leipart auf die wiederholten Versuche hin, die Gewerkschaften stets in die parteipolitische Bewegung zu ziehen. Diesen Versuchen habe sich der Bundesvorstand widersetzt und werde dies auch künftig tun, weil das Aufgabe der politischen Parteien bleiben muß.

Am zweiten Tag überbringt Jouhaug (Frankreich) die Grüße der im französischen Allgemeinen Arbeitsbund organisierten Arbeiter. Es ist ihm eine Genußung, mit den Repräsentanten jener Gruppen in Verbindung zu treten, welche die sicherste Grundlage für die Demokratisierung Deutschlands bilden. Das Geschehe mit dem heutigen Tage nicht zum ersten Male. Seit 2 1/2 Jahren besteht ein inniger Kontakt. Der Friede ist heute das wichtigste von allem. Die Arbeiterschaft muß ihren Einfluß vergrößern und damit das Interessentiel der Kapitalisten durchkreuzen.

Als erster Redner mit verlängerter Redezeit spricht zum Geschäftsbericht Walcher (Komm.): Heute ist der Bund zu einer ungeheuren politischen Macht geworden, gegen welche unmöglich resistiert werden kann; gleichzeitig hat sich aber die Lage des Proletariats immer mehr verschlechtert. Das ist ein Widerspruch und beweist, daß sich der Bund nicht immer von den Interessen der Arbeiter hat leiten lassen. Der Bundesvorstand hat die Politik der Arbeitsgemeinschaft konsequent fortgesetzt und von vornherein das Bestreben gezeigt, den Betriebsräten jede revolutionäre Kraft und Bedeutung zu nehmen. Die Berufung des Dr. Striemer in die Redaktion der Betriebsräte-Zeitung ist ein Skandal. Weiter kommt Walcher auf das Bielefelder Abkommen zu sprechen. Die Bundes-

leitung hat nichts zu seiner Durchführung getan. Dieses Verhalten des Vorstandes hatte zur Folge, daß die Kappisten Strafen und Gefängnis- und Zuchthausstrafen verfolgt wurden. Der Vorstand hat sich selbst wiederholt als Garant des Friedensbundes bezeichnet. Dadurch wird die Arbeiterschaft in ein Loch getrieben. Die 10 Forderungen seien durchführbar, selbst im Rahmen des kapitalistischen Regimes. Im Reichswirtschaftsrat habe Umbreit die Schlichtungsordnung zugestimmt und der Vorstand habe Umbreit zum Schildknappen des Bundesvorstandes gemacht. Auch die „Freiheit“ hatte sich zum Vorstand des Bundesvorstandes gestellt. Der Vorstand hat sich gegen die Beibehaltung der Arbeitslosenversicherung ausgesprochen und erstrebt deren Ersetzung durch die Arbeitslosenversicherung. Auch hinsichtlich des Streitrechts für Beamten steht der Bund im Widerspruch zu den Beamten. Ein Versagen des Bundesvorstandes ist auch auf internationalen Gebieten festzustellen. Hue hat auf dem Betriebsrätenkongress erklärt, daß die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus gegeben seien. Der Beschluß, bei einem Kriegsausbruch in den Generalstreik zu treten, ist nicht das Papier wert, auf dem er steht. Dem kommenden Krieg begegnen will, muß zum Bürgerkrieg übergehen. Der Gewerkschaftslongareß muß jährlich zusammengetreten und Delegierten müssen aus Urwakten hervorzuheben. Das Proletariat wird und muß kämpfen, mit dem Bundesvorstand, wenn er will ist, ohne ihn, wenn ihm der Kampfwille fehlt, gegen ihn, wenn der Arbeiterschaft in den Rücken fällt.

Dihmann (Metallarbeiter) für die Unabhängigen: Wenn zurückblicken auf den Weg, den wir seit Nürnberg zurückgelegt haben, dann sehen wir, daß die Arbeitsgemeinschaft und die Koalitionspolitik uns nicht vorwärts gebracht haben. Unzertrennbar verbunden mit den Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind Fragen der großen Politik. Der Eisenbahnerstreik hat gezeigt, daß das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft nicht gesichert ist. In die Frage müssen wir auch den Reichs- und Staatsbeamten mitzuziehen, die aus unleren Reihen kamen. Die Arbeiter-Spionorganisations in Eisenbahnerstreik haben den Beamten Koalitionsrechts in die Hände gearbeitet. Eine Ausbeutung des Streikrechts für die Beamten wird auch von der Arbeiterschaft mit allen Mitteln abgewehrt werden. Die Klassenjustiz heute noch genau so schlimm wie in der alten Zeit, das zeigt besonders die Streikpostenverbote. Die soziale Rechtsprechung vollends im Dienste des Kapitals. Die Schlichtungsanschlüsse führen auf die Anordnungen des Reichsarbeitsministeriums. Das Koalitionsrecht hat den Arbeitern nur Scheinrechte gegeben. Der Kampf der Schlichtungsordnung ist für uns unannehmbar, besonders im Hinblick auf den Zuchthausparagrafen 55. Der Redner weist sich dann gegen die Technische Notthilfe. Die zehn Punkte des ADGB waren der Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft. Der ADGB sagt: Die Forderungen konnten nicht alle durchgeführt werden. Aber zwischen dem Alles und dem Nichts gibt es einen breiten Weg der Mitte, auf dem sich manches erreichen läßt. Wenn wir unsere Kraft einsehen, dann werden wir das Geforderte erreichen und die Schlichtungsordnung wird nie Gesetz werden. Dann muß sich Dihmann dem Problem der Einigung zu und laute: Verwirklichung für die Einigkeit sei, daß die verschiedenen Richtungen der Gewerkschaften näherkommen.

Als dritter Redner nimmt für die SPD. Bren-Hannow (Fabrikarbeiter) das Wort: Was war unter den gegebenen Bedingungen zu erreichen? Wie es ein Verbrechen ist, einen Sozialisten Sturm und Wetter mit falschen Karten hinauszuschicken, so ist auch ein Verbrechen, wenn man mit falschen Mitteln das Proletariat in den Kampf schiebt. Für die Durchführung der zehn Punkte sind die Voraussetzungen außerordentlich unangünstig. Im ganzen wurde der Bundesvorstand bekämpft, als Verräter verurteilt, so er den Kampf für diese Punkte nicht aufnahm. Bei solch einem Kampf wird es aber unter den heutigen Machtverhältnissen nie zu Weißbluten kommen und die Arbeiterschaft hätte dann den Streik im Interesse des Unternehmertums geführt, das die Arbeitsbedingungen diktieren würde. Der Sozialismus ist das Ziel des Klassenkampfes. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine feste organisatorische und geistige Einheit notwendig. Von den 13 Millionen Gewerkschaftlern, die es in Deutschland gibt, stehen aber noch nicht alle im ADGB. Und von den 8 Millionen Mitglidern der freien Gewerkschaften waren einige Millionen noch 1914 nicht zu den Beinen zu bringen, wenn es galt, einen Kampf zu führen. Es warten es nicht einmal, sich zur Organisation zu belangen. Die Schlichtungsordnung ist noch von keinem Gewerkschaftler befürwortet worden. Ein unbeschränktes Streikrecht gibt es nicht einmal in der kommunistischen Ideal Sowjetrußland; dort ist das Streikrecht nur in den Staatsbetrieben aufgehoben, auch in den Privatbetrieben darf von ihm kein Gebrauch gemacht werden. Kein deutscher Gewerkschaftler hat je eine solche Beschränkung des Streikrechts für eine Aufhebung gleichkommt, gefordert. Ebensovienia teilt die sozialdemokratische Ansichten Realistis und anderer in der Frage des Achtstundentages oder des Beamtenstreikrechts. Wenn die Kommunisten in ihren fortgesetzten Hekeleien die Brandstifter schmeißen müßten die Reaktionäre mit Eichenlaub und Schwertem gekrönt werden, wenn sie diese Situation nicht für ihre Zwecke auszunutzen würden. Als in den Zuständen der Kommunisten ihre Dehnen-

Die Sozialdemo... den Augen d... der Politik d... erinner... seine Ruhe... schlagener... streikrechts ur... Der Bundes... Seine Pol... mögliche... der Rechmita... arbeitskommissi... die W... wünschend sind... Sämtliche M... der Debatte ü... (weiterer) über... der Fall der... der Berhan... zum Gehaltsbe... immer mit u... sie in da... weibe eine... ermöglich... über ihr ist... durch die... zurückbliden... unermüdet... abged... S. urker B... demotie... des ADG... hat da... der geistig... wiederch... zu den... sagt, daß... daß ab... ist... werden, das... besteht. Der... von Kom... und Un... daß die W... da sind, w... warum ist die... des Bundes... der zeh... Punkte... wägen, u... für die zeh... Bund, der... geschildert. Zu... die den L... Piktmanne... auf die Verbre... schheit. Er fa... kommen auf un... Bundesvorstand... Reichssta... nicht nach... Rebe. Die... politischen Gef... die eingearb... umwunden hin... jede ein... mit dem E... schheit auf de... ist vorläubig... für die Re... (weiterer) Entsch... Betrauens... dann die E... zur Fre... weiter wird... (weiterer) Freil... gen und eir... zusammenbie... fordert vo... anzuwend... (weiterer) Genossen die... (weiterer) des... (weiterer) nicht it... gegen ur... (weiterer) Genommer... (weiterer) von Kor

Die Sozialdemokratie ins Werk gesetzt wurde, hatte nur die...

Der Bundesausschuss hielt. Dismann hat unseren Kampf...

Die Verhandlungstag erhält Leipart das Schlusswort...

Krieges zustimmt. Der Einberufung eines Völkervereinigungskongresses...

Adler (Fabrikarbeiter) begründet die Entschliessung Brey und...

Schmidt (Eisenbahner) wendet sich gegen die Resolutionen...

Müller (Transportarbeiterverband) ersucht die Angestellten...

Im Schlusswort stellt Rörpel einige Missverständnisse, die sich...

In der Abstimmung wurden die Resolutionen Rörpel, Brey...

Der 4. Verhandlungstag wird dann mit dem wunderbaren Referat...

Das Arbeitsrecht ist im ständigen Werden. Das Arbeitsrecht ist...

Von diesen Grundgedanken hängt die Organisation des Arbeitsgerichts...

Die Verhandlungstag erhält Leipart das Schlusswort...

der Arbeitsgerichte die allergrößte Bedeutung beizumessen. Das bestformulierte Recht hat keine praktische Bedeutung, wenn derjenige, der das Recht braucht, nicht rasch und sicher in den Besitz dieses Rechts kommt. Durch den Entwurf des Reichsarbeitsministers über Arbeitsgerichte ist die Frage besonders akut geworden. Dieser Entwurf sieht die Angliederung der Arbeitsgerichte in die Amtsgerichte vor. Bei der Kritik muß davon ausgegangen werden, daß sämtliche Kantons-, die für die Kaufmanns- und Gewerbegebiete bestehen, übernommen werden sollen. Trotzdem halte ich nach wie vor meine Auffassung aufrecht, daß diese Angliederung nicht in die Amtsgerichte erfolgen darf. Der entscheidende Punkt für meine Stellungnahme ist, daß das Arbeitsgericht in die Arbeitsbehörden hineingehört; nicht das Mißtrauen in die Justiz, so verständig dieses Mißtrauen ist. Es gibt ausgezeichnete Richter wie Schlechte, nur ist der Geist, den wir brauchen, dort noch nicht eingeblasen. Ich begreife auch die Abneigung gegen die bestehende juristische Beziehung, die hauptsächlich auf das Privatrecht eingestellt ist. Entscheidend für die Angliederung in die Arbeitsbehörden ist der organische Zusammenhang. Der Referentenentwurf ist ein mechanisches Auseinanderreißen von innerlich Zusammengehörigem. Wir müssen aber, wenn wir die Arbeitsgerichte an die Arbeitsbehörden angliedern, auch die Justiz heranziehen. Wir haben heute schon mit Richtern als Vorstände von Schlichtungsausschüssen teilweise gute Erfahrungen gemacht. Diejenigen, die am meisten mit der Justiz in Berührung kommen, sind die Besitzlosen. Darum muß auch die Justiz mit dem sozialen Geist befaßt werden, sie darf nicht von den Sozialgerichten vollkommen ausgeschlossen bleiben. Die engen Mauern müssen zerklüftet werden, die den Richter heute noch umgeben. Wir haben schon manche Arbeitgeber erzogen, und wir werden noch manche unserer Gegner erziehen. Und von diesem Kraftdemütigen aus vertraue ich darauf, daß man auch der Justiz die nötige Erziehung zuteil werden lassen kann. Beteiligung, aber nicht Herrschaft der Justiz.

Die Technische Rothhilfe wird zu einer der größten Gefahren; aber sie ist dem Gedanken entsprungen, daß notwendige Produktionsmittel nicht zugrunde gehen zum Schaden der Gesamtheit. Darum muß die Arbeiterschaft selbst den Schutz der Produktionsmittel in die Hand nehmen, die unabhängig sind von der Organisation der heutigen Gesellschaft. Man fängt an, den Artikel 159 der Verfassung in sein Gegenteil zu verkehren, und das Reichsgericht hat sich leider dieser Auffassung angeschlossen. Es hat diesen Paragraphen so ausgelegt, daß die Arbeitnehmer sich nicht koalieren können, sondern daß ein grundfähliches Recht für jeden besteht, sich nicht zu koalieren. Damit wird der ganze Sinn des Gesetzes hinweggerafft und in ein Gesetz zum Schutz der Unternehmer umgewandelt. Die Koalition ist die Grundlage unseres Volkslebens. Ich trete ein für den Schutz der Organisation gegenüber den Nichtorganisierten. Dabei wende ich mich gegen den Fehler, weil ich ihn auch nicht ablehne, wenn er von den Nichtorganisierten angewandt wird. Wenn wir den Arbeiterswilligen einfließen, kommen wir zu Lebensgefahren für die Arbeiterschaft durch die Anwendung des § 828 BGB. (Verstoß gegen die guten Sitten!) Ich trete ein für eine Beschränkung der Vermögenshaftung der Gewerkschaften. Das Koalitionsrecht ist ein ewiges Lebensrecht, das wir auch in einer sozialistisch organisierten Gesellschaft nicht müssen können.

Wirtschaftliche Freiheit kann in doppelter Weise aufgehoben werden. Erstens durch den Staat, der der wirtschaftlichen Monarchie eine organisierte Macht gegenüberstellt. Zum Klassenkampfinteresse des Arbeiters gehört weiter der Einzelgewinn. Die einzige Stütze des Staates ist heute die Arbeiterschaft. Hier liegen auch die Berührungspunkte zwischen Arbeiter- und Beamtenrecht.

Was mich oft am traurigsten stimmt, ist folgendes: Wenn ich begabte Studenten finde, die mir sagen: Ich gehe zur Industrie. In dieser Abwanderung der besten Kräfte in die Feudalindustrie liegt die größte Gefahr für die Arbeiterbewegung. Darum sorgen Sie dafür, daß das Beamtentum gebührend bezahlt wird. Stoßen Sie nichts von sich, was Sie brauchen zum Klassenkampf, zu dem Sie auch Geschick und Wissen einsetzen müssen. Bis heute ist der Weg des Mitbestimmungsrechts noch dunkel. Das Arbeitsrecht wird eine neue Freiheitsepoche der Menschheit verwirklichen; es hat einen geheimen Sinn, den wir erfassen müssen: der Arbeiter von heute ist hervorgegangen aus dem Sklaven, heute erstrebt er bereits die Herrschaft über die Arbeit.

In der Debatte über das Referat Einzelheimer lehnt Enderle (Metallarbeiter) die Gedanken des Wissenschaftlers und Ethikers ab und stellt ihnen die Machtpolitik der Kommunisten gegenüber. Umbricht begründet die Resolution des Bundesvorstandes und Bundesauschusses. Die Entscheidung der Kommunisten enthält keinen Hauch von Kommunismus, sondern ist ein elender Dilettantismus auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. Die Aussprache, an der sich noch Hauch (Bäder) und Fouth (Ruffler) beteiligen, wird geschlossen.

In seinem Schlusswort unterstrich Einzelheimer seine Forderung nach einem einheitlichen Arbeitsrecht. Die Arbeitsbehörde solle die lebendige Arbeitsgemeinschaft aller sein, die in der Arbeitsverwaltung und Arbeitsrechtspflege tätig sind. Das Mißtrauen gegen die Justiz und die Antipathie gegen den Plan, sie in die Arbeitsrechtspflege einzuschließen, sei berechtigt. Es ist ein Glück, daß das Volk sich in seiner Leidenschaft für die Gerechtigkeit gegen jedes Unrecht auflehnt. Wenn es anders wäre, würde es untergehen. Den

Kommunisten erwidert Einzelheimer, daß man mit Recht einen Politik machen könne. Keine Machtpolitik sei zulässig. Wenn man die Macht habe, müsse man auch wissen, was man damit anfangen wolle. Unser Unglück war, daß wir auf die Machtpolitik nicht vorbereitet waren, als am 9. November die rote Hohezeit.

In der Nachmittagsstimmung wird in namentlicher Abstimmung ein Zusatzantrag zur Entschließung des Bundesvorstandes und des Reichsausschusses in dem gefordert wird, daß mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Durchführung der Schlichtungsordnung verwirklicht werden muß, abgelehnt. Die Reklusion des Bundesauschusses wird mit der Forderung, daß Ueberarbeit nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig sein soll und daß an den Beschäftigten des Reiches von Rom in bezug auf das Arbeitsrecht und den Arbeitslohn festgehalten wird, angenommen. Innozenz wird weiter zwei Anträge der Einzelheimer, die Geltung des Koalitionsrechts ohne Streikrecht auch für die Gewerkschaften auszurufen. Dann spricht der Konrad den Tagesbeschluss vor, den Anschlag auf die 46. Straußens-Wache der Arbeiter abzuwehren, seine Empathien aus.

Alsdann ergreift Wiffell das Wort zu seinem Bericht über Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte. Gegen die Arbeitsgemeinschaften werden heute dieselben Kräfte geltend gemacht, die man vor zwanzig Jahren gegen die Kartelltrüge ins Feld führte. Der tiefere Sinn der Wirtschaftsgemeinschaft ist, die Arbeiter als Gleichberechtigte an der Wirtschaftsbeteiligung teilnehmen. Aber es genügt nicht, Rechte zu fordern, wir müssen diese Rechte erfüllen können und den Mut und die Energie bei der Durchführung mitzubringen. Der lange und zähe Wirtschaftskampf wird nur dann von Erfolg sein, wenn wir Wirtschaftsgewinn und herantreiben. Wenn die Träger des Wirtschaftsgewinns sich hermetisch abschließen und sich weigern, mit Unternehmern an einem Tisch zu sitzen, dann bereiten sie sich eine Freude. Sehr oft ist diese Weigerung auch der Ausdruck von Mangel an Vertrauen, den Unternehmern entgegengebracht sein. Die großen Probleme unseres Wirtschaftslebens können auf dem Wege der Gesetzgebung allein erledigt werden. Der Krieg ist bezu die Mitarbeit aller, die im Wirtschaftsleben stehen. Der Krieg die Möglichkeiten zur Verwirklichung unserer Ziele großen Teil vernichtet hat, haben wir ganz besonders die am Wiederaufbau mitzuarbeiten.

In bezug auf die Wirtschaftsräte fordert Enderle die Festsetzung der Verfassungsverordnungen. In den verschiedensten Betriebskörpern sind die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter verwirklicht worden. Die Gewerkschaften dürfen keine Körperrechte erkennen, in der nicht der Grundlag der parteilichen Mitbestimmung verwirklicht wurde. Die Arbeiter haben in dieser Hinsicht schon allzuviel Geduld geübt. Die Forderung an der gleichberechtigten Mitwirkung in den Kammern ist nur zu berechtigt. Die Arbeitnehmer treten jetzt für Arbeiterkammern ein, weil sie dann in den Kammern ungestört arbeiten können. Heute geht der Kampf die Teilnahme der Arbeiter an der Wirtschaftspolitik. Der Erfolg der Reichsverfassung bedeutet eine eroberte Stellung, die ausgebeutet werden muß.

Simon als Korreferent sagt u. a.: Der Wortlaut der Verfassung ist nicht ausschlaggebend, sondern die wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Je mehr wir uns vom November 1918 entfernt, desto mehr werden die Erringenschaften der Revolution abgebaut, desto mehr gewinnt der Kapitalismus an Einfluß. Die Gleichberechtigung, die den Arbeitern gegeben wurde, ist nur formale. Die Arbeitsgemeinschaften stehen auf dem Boden des Ausbeutens der Interessengruppen. Sobald es gilt, so etwas im Interesse der Arbeiter zu tun, verlangen die Arbeitsgemeinschaften, daß sie auch sehr viel von der Gleichberechtigung in den Wirtschaftsräten die in der parteilichen Zusammensetzung und darin zum Ausdruck kommen, daß die Räte Gutachten abgeben können. Das ist Irrtum. Die Unternehmer haben nicht die gleiche Zahl unterrepräsentiert gegenüber, sondern Hirtch-Dundersche, Neutrale und S. brauchen. Die Vertreter vertreten aber zumeist Unternehmerinteressen. Ein parteiliches Gutachten ist das ein schlechteres Gutachten. In reinen Arbeiter- und Unternehmerkammern können unsere Gutachten so abgeben, wie wir es wollen. Dann können unsere Vertreter im Reichstag einen günstigeren Stand. Die Hirtch hat in Köln reine Arbeiterkammern vorkommen. Die Hirtch hat er damals dafür ins Feld führte, sind auch heute noch vorkommend. Bei Verhandlungen mit den Unternehmern hat der Arbeitervertreter die Macht hinter sich, die ihm seine Organisation verleiht. In der Arbeitsgemeinschaft kommt nur die Ueberlegenheit des Arbeiters zum Ausdruck. Wie glaubt man in der Arbeitsgemeinschaft die Sozialisierung herbeizuführen? Die Arbeitsgemeinschaft als eine Stufe des Sozialismus zu bezeichnen, ist absurd. Eine ganze Reihe von Organisationen sind nicht in der Arbeitsgemeinschaft. Diese sind daher nur ein Torso. Unsere Gewerkschaften sind noch nicht alle Sozialisten. Sie können bei der Kritik der Wirtschaftsgemeinschaften zu dem Glauben kommen, die Harmonie nach Dunders sei das Mittel, ihre wirtschaftliche Freiheit zu erlangen.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen berichten wir in der nächsten Nummer.

Aus
Müller Dr. Kar
alen treugband
noch laufen
Bundensabge
der Finanz
einmal den N
Blaukreuzent
te; da durch
dem grauena
Kathema u
seinem Auto
ich in das A
Automobil
Beregen am
abgegeben
sich traf
Wagen ge
nach berei
waren his
langer Han
das echt ic
heutlich-
Kathema bet
wirdliche Ge
von Gare
Gar
nicht allen
wied
haben
in unte
Stenus, der
hin hab
die in
Kurt; Cu
und hat
dem Wirt
um ist der
mehr daran
am Reichstag
sehr auf
Kupfer E
auch eben
wird auch
Wortausmach
lich warnt
IX. ernst ge
genau wie
Wirt sich am
einmal
als longre
der Ermord
nis Stellung
sollen ist.
er es per
sch enbl
sien und de
stog und p
stellun
Parlament
rechtspartei
Bestimmung
auf ein Re
In beide
e und B
stungen ge
und brachte
th im Reu
die Stim
Wirt, mit
Hirtch Rul
sien. In
stose einen
Schicht der
wungen, die
sien gegen
nungen rief
sien Gefü
Beitribun
wird wahr
sche Gant
in Brot

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Politisches.

Minister Dr. Rathenau ermordet. Noch ist kein Verbrechen, welche...

zuletzt, lustig, trallalala, Bald ist Wilhelm wieder da.

Wenn einst der Kaiser kommen wird, Schlagen wir zum Krüppel den Wirt!

Knallen die Gewehre tad, tad, tad, Kurs Schwarz und das rote Rad.

Gaut immer feste auf den Wirt! Gaut seinen Schädel, daß es Arret!

Knallt ab den Walter Rathenau, Die geistesverrückte Judenau!

Um ist der Rathenau tatsächlich abgeknallt, und man braucht...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln, daß es den Hakenkreuzlern erst damit...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

Wieder nicht mehr daran zu zweifeln können, daß die geplante...

brechen. Regierung und Behörden dürfen hier aber nicht wieder nachgiebig sein. Energische Durchführung ist durchaus am Platze.

Gegen den Brotwucher! Der Abbau der Zwangswirtschaft, der infolge des vereinten Geschreis der Agrarier, Großhändler und Schieber erfolgte, hat es in der Hauptsache verschuldet, daß heute die Lebensmittelpreise eine so wahnwitzige Höhe erreicht haben.

Wenn einst der Kaiser kommen wird, Schlagen wir zum Krüppel den Wirt! Knallen die Gewehre tad, tad, tad, Kurs Schwarz und das rote Rad.

Wg. Krählig (Esp.): Es ist nicht zu ertragen, wenn der Reichslandbund verlangt, alles Getreide müsse mit dem Maße des Weltmarktpreises aufgezogen werden. Das würde dazu führen, daß das Bierbrot...

4 Millionen Tonnen von diesem Brotgetreide, das zu weit höherem Preise...

verkauft worden. Ich gehe nicht zu denjenigen, die alle Schuld an diesen hohen Preisen auf die Landwirtschaft schieben. Auch der sogenannte ehrbare Handel trägt sein volles Gewicht daran. Wenn es richtig ist, was der Direktor Hopf in Laubersbrosheim in der „Fränkischen Echo“ am 15. März sagt, daß der Handel an Roggen und Weizen 20 000 M. bis 40 000 M., ja sogar 50 000 M. am Roggen verdient, so ist das doch geradezu unerhört. Wenn es ferner richtig ist, wenn Direktor Hopf sagt, daß die Maschinenfabriken und die Fabriken unerhörte Preise fordern, wie z. B. für eine Grasmäschmaschine, die im Frieden 230 bis 250 M. gekostet hat, im vorigen Jahre 1700 bis 2500 und jetzt 10 000 bis 15 000 M. gefordert werden, so meine ich, muß die Regierung auch da einmal nach dem Rechten sehen und darf die Dinge nicht so weiter laufen lassen. Es war schon lange unsere Überzeugung, daß man der Eisenindustrie viel zu viel Spielraum im Nehmen von Gewinnen ließ. — In den Publikationen des Landbundes entrüftet man sich mit Unrecht über den hohen Preis für Kunstdünger. Wer ist denn daran schuld? Sind es nicht diejenigen, die damals unsere Anträge abgelehnt haben, den Kunstdünger zu verbilligen? Hat nicht der ehemalige preussische Landwirtschaftsminister Otto Braun, der jetzige Ministerpräsident, hier den Antrag gestellt, 1 1/2 Milliarden zu bewilligen, um den Kunstdünger im Preise herabzusetzen? Nun sagen die Gegner der Regelung, die hohen Preise für Getreide seien den Landwirten gar nicht zuteil geworden. Auch das ist falsch. Kürzlich sprach ich mit zwei Landwirten aus Schlesien, von denen einer sogar Kreisvorsitzender des Landbundes ist, und sie sagten mir das Folgende: „Es ist noch immer so wie früher, wir kleineren werden von den Großen einfach über Ohr gehauen. Im vorigen Jahre sind die Großlandwirte gekommen und haben uns das Getreide zu dem damaligen niedrigen Preis abgekauft. Und mit diesem billigen von uns gekauften Getreide haben sie ihr Viehfleisch erledigt, um ihr Getreide behalten zu können, das sie jetzt zu hohen Preisen verkauft haben.“ Das sagen die Mitglieder des Landbundes selbst, und das ist sehr wichtig für die Beurteilung der Frage, ob der Landbund in der Lage sein wird, wie er es verspricht, aus eigener Initiative die Möglichkeit zu schaffen, der Regierung sich zu einem bestimmten Termin ein bestimmtes Quantum von Getreide zur Verfügung zu stellen. Diese Möglichkeit besteht nicht; denn die Landwirte sind misstrauisch geworden, sie befürchten wieder im Interesse der Großgrundbesitzer über Ohr gehauen zu werden und werden sich dem nicht fügen. Das Verhalten der Landwirtschaft war für den Herrn Kreisoberamtmann D. Wollwitz-Rostig, der selbst Landwirt ist, Anlaß zu folgender Feststellung: „Wenn jetzt die große Mehrheit der Landwirte in verbänderter Disziplinlosigkeit sich lediglich nach Gewinnlust leiten und die Rücksicht auf das Gemeinwohl gänzlich außer acht läßt, so brauche ich auf die Gefährlichkeit einer derartigen Haltung nicht hinzuweisen. Die Gefahr, daß die Massen die Schuld verlieren und zur Selbsthilfe greifen, ist außerordentlich nahe gerückt.“ — Die Sicherung der Brotgetreidemenge ist nötig, weil das Reich gar nicht in der Lage ist, für die Versorgung etwa durch Zufuhr aus dem Ausland rechtzeitig Sorge zu tragen. Der Landbund sagt, es bederbe eine Sondersteuer für die Landwirtschaft, wenn nicht für alle ihre Erzeugnisse der Weltmarktpreis genommen werden kann. Auch das ist ein hohes Schlagwort, dem jede moralische Stütze fehlt. Anfang März 1920 war der Preis gestiegen gegenüber dem Friedenspreis vom Jahre 1913 beim Weizen auf das 60fache, beim Roggen auf das 55fache usw. Aber wie sind denn die Löhne der Landarbeiter gestiegen? Die Löhne der Deputatarbeiter stiegen nur um das 8- bis 11fache, und die Löhne der Arbeiterinnen um das 8- bis 10fache der Friedenslöhne. Wenn es der Landbund als eine Sondersteuer betrachtet, daß der Landwirt in Großbetrieben für einen kleinen Teil seiner Erzeugnisse auf Goldwertzahlung verzichten soll, so leisten auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten eine enorme Sondersteuer, indem sie weit unter dem Geldlohn arbeiten müssen. Der Reallohn der Arbeiter ist heute geringer als vor dem Kriege. Das Deutsche Reich geht nicht zugrunde, wenn neben 98 Proz. Bedürftigen auch 2 oder 3 Vermittelte einmal wöchentlich ein etwas billigeres Brot essen, aber es geht sicher zugrunde, wenn man die Regelung der Brotversorgung unterläßt und dadurch 50 Proz. unseres wehrfähigen Volkes zum Hunger verurteilt. Damit ist auch die neueste Interpellation der Deutschnationalen als Schaumköhlerei charakterisiert. Sie, die Sie in dieser Interpellation die Regierung fragen, was Sie zu tun gedenkt, um die Lebensmittelversorgung des Volkes „planmäßig“ zu sichern, gerade Sie tun planmäßig alles, um diese Sicherung, die die Regierung will, zu hintertreiben, und Sie kommen dann obenrein und interpellieren die Regierung, was Sie machen will. Mit heiligem Eifer verfolgt die deutsche Arbeiterschaft die frivolen Proklamationen aus jenem Lager. Lehnen Sie die Vorlage ab, dann seien Sie sich aber bewußt, daß Sie unser Volk in die größte Katastrophe hineinführen, die es jemals durchgemacht hat. Sie wissen, daß der erwartete Anstieg der Exportaufträge in diesem Jahr zu einem großen Teil Beginn der Arbeitslosigkeit bedeutet, und wenn Sie, dann noch ein fünfzig-Tausend-Viertel von der monopolisierten Getreideproduktion der Großagrarier bringen, dann können Sie sicher damit rechnen, daß das etwas ist, was nicht getragen werden kann. Denn, wenn es soweit wäre mit der Arbeitslosigkeit, wie wir sie vor uns haben, wenn es heißen würde: Durch den Balutsumpf hindurchmarschieren, durch den wir hindurch müssen, wenn wir wieder zu gesunden Verhältnissen kommen wollen, und wenn Sie das Volk dann in dem Augenblick, wo es sich durch diesen Balutsumpf hindurcharbeiten soll, mit solchen unerhörten Preisen für das wichtigste Lebensmittel überfallen, dann heißt das einfach, daß Hunderttausende glatt verhungern müßten. Wie es uns verhungern geht, kommt aber etwas anderes. Ich sage es in

aller Ruhe herant, damit Sie wissen, warum Sie sind: Wie es uns verhungern geht, kommt der Bürgerkrieg. Und was der Bürgerkrieg bedeutet, wissen Sie. Er bedeutet den vollsten Zusammenbruch. Deshalb warnen wir Sie in dieser Stunde und vor Ihrem Beginnen abzurufen und mit uns diese Vorlage anzunehmen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind gewarnt; sie haben zur Abwehr.

U. v. G. O. (U. S. V.): Im vorigen Erntejahre wurde durch die Lage nicht jene Menge Getreide erfaßt, die Deutschland zur Sicherung seiner Ernährung nötig hatte. Es muß in diesem Jahr das gesamte Getreide durch die Umlage erfaßt werden, das das deutsche Volk bei Ausnutzung bewahrt. Nach der Vorlage soll der Brotpreis nun verdoppelt werden. Das bedeutet für viele den Hungertod. Das ist rüchertum behauptet, daß die ganze Landwirtschaft geschlossen hinter diese und eine neue Umlage ablehne. Von allen landwirtschaftlichen Betrieben sind ja vier Fünftel unter 5 Hektar groß, sind mithin nicht lieferungsspflichtig. In ganz Deutschland wird die Umlage von 1 1/2 Milliarden aufgebracht. Die Agrarier werden nur von der unerfüllten Geldgier, nicht durch die Not getrieben. Es besteht jetzt nicht mehr die Notwendigkeit, sondern eine Erntestruktion auf dem Lande. Agrarier produziert ja nur solche Produkte, die ganz geringe Verluste verursachen, aber höchste Gewinne bringen. 1913 sind 19 540 Tonnen geerntet worden, jetzt nur noch 947 Millionen Tonnen. Die Landwirtschaft wollte, könnte die Produktivität so gesteigert werden, daß wir die Getreidemenge nicht bräuchten. Auf manchen Gebieten herrscht eine wahre Eau- und Rudertwirtschaft, die Felder werden bestellt, das Futter läßt man verfaulen, die Kartoffeln erstickern, müssen die Volksernährung sichern und deshalb verlangen wir die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Solange sich die Produktionsmittel in den Händen der Besitzenden befinden und die Produktion nur der Selbstversorgung wegen erfolgt, werden arbeitenden Massen der Ausbeutung und Verelendung immer mehr sein. Die materiellen Opfer der Agrarier im Kriege bestanden darin, daß sie außerordentlich reich geworden sind, sie haben es verstanden, die Notlage des Volkes während des Krieges auszunutzen. Man muß Nahrungsmittel zurückhalten, um unter dieser Regierung unüberwindlichen Schwierigkeiten herbeizuführen. Diese Kampfanlage soll eine Umlage der Landwirtschaft sein, aber alle diese Kampfproben werden an den Leiden Billionen der Arbeiterklasse geschehen. Dafür werden wir sorgen.

Nachdem eine Anzahl weiterer Redner, Agrarier aller politischen Parteien, gesprochen hatten, wurde der Regierungsvorschlag dem „Bauwirtschaftlichen Ausschuss“ überwiesen. Dort ist er zwischen mit Stimmengleichheit abgelehnt worden, wobei Zentrum und Demokraten der Stimme enthielten. Weitere Verhandlungen sollen folgen. Selbst Regierung hart, dann ist eine Umlage des Reichstags nicht zu umgehen. Sache der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist es dann, energisch mit den Brotproduzenten zu rechnen und einen Reichstag ohne reaktionäres Gesicht zu wählen.

Reichs- und Staatsarbeiter

Die Lohnverhältnisse ab 1. Juni 1922. Die im Laufe der Woche stattgefundenen Lohnverhandlungen haben zu folgenden Einbarungen zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen geführt. Die Stundenlöhne der über 24 Jahre alten Reichs- und preussischen Staatsdienst beschäftigten Arbeiter gestalten sich rückwirkend ab 1. Juni 1922 wie folgt:

Lohngruppe	I	II	III	IV	V	VI
	REICH	REICH	REICH	REICH	REICH	REICH
Ortsklasse A.						
Bisher	18,40	17,90	17,40	16,90	16,55	16,20
Verh.-Ergebnis	3,70	3,60	3,60	3,60	3,55	3,50
Gesamtlohn . . .	22,10	21,50	21,—	20,50	20,10	19,70
Ortsklasse B.						
Bisher	17,70	17,20	16,70	16,20	15,85	15,50
Verh.-Ergebnis	3,70	3,60	3,60	3,60	3,55	3,50
Gesamtlohn . . .	21,40	20,80	20,30	19,80	19,40	19,—
Ortsklasse C.						
Bisher	17,—	16,50	16,—	15,50	15,15	14,80
Verh.-Ergebnis	3,70	3,60	3,60	3,60	3,55	3,50
Gesamtlohn . . .	20,70	20,10	19,60	19,10	18,70	18,30
Ortsklasse D.						
Bisher	16,90	16,80	16,70	16,60	16,45	16,30
Verh.-Ergebnis	3,70	3,60	3,60	3,60	3,55	3,50
Gesamtlohn . . .	20,—	19,40	18,90	18,40	18,—	17,60
Ortsklasse E.						
Bisher	15,00	15,10	14,60	14,10	13,75	13,40
Verh.-Ergebnis	3,70	3,60	3,60	3,60	3,55	3,50
Gesamtlohn . . .	19,30	18,70	18,20	17,70	17,30	16,90

brauen erhalten 78
werden von 1
Lebensversicherungs-
der Lebensversicherungs-
ergolungen von 65 a
werden. Wir vern
Beim auf die in 2
und Gehaltsstabe
Finanzen zu. —
der ermittelten Loh
Schlüsselfinanzmini
Weise und preußi
von 600 M., u
von 800 M. und
M. zu gewähren.
Klein a. B. Die
stellt sich gut. Die
gehofft man n
mit Befriedigung
Arbeiter erreicht
Befriedigungspol
Bericht
man den Bericht
in Reibung. Die
ein wirkungsvolle
Beratung der Orga
dieser Konferenz
sich der Organi
Bildung
ber. Sagen a
einer. Eine Er
wie einerseits
andererseits
danzten Bünd
stehenden des be
würde.
folgende C
Die Verlam
Gesamtämter K
Sicherungsabg
wurde, ist bis z
sich mit de
Kette den Tätigkei
Verbandes S
sicherungsstelle S
tisch, daß jetzt
in vielfach h
Löhne bis dabi
hohen, war es
wie die Löhne
Hilfen Arbeiter
machte sich
wie die best
den Rücken t
orten in manche
unproduktiven z
sich aber um
werden sind. Di
den Teil wieder
sicherung. De
Wenn das
die es we
Ortsklasse 2 oder
sind. In der
unter den Tarif
Stände, die K

Frauen erhalten 75 Proz. der vorgenannten Löhne. Die Kinderzulagen werden von 1 Mk. auf 1,20 Mk. erhöht. Frauenzulage überlebenszuschüsse usw. bleiben bestehen. Für Beamte der Feuerungsanschlag auf Grundgehalt, Ortszuschlag und Zulagen von 65 auf 105 Proz. erhöht. Der Kopfschlag bleibt bestehen. Wir verweisen zur Berechnung der neuen Gehaltsätze auf die in Nr. 21 der „Gewerkschaft“ erschienene Tabelle. Die Gehaltsabellen gehen nach Drucklegung sofort den einzelnen zu. — Um die Arbeiter möglichst rasch in den Genuss der erhofften Lohnerhöhungen kommen zu lassen, wurde mit dem Reichsfinanzministerium vereinbart, allen über 20 Jahre alten und preußischen Staatsbehörden Beschäftigten einen Vorschuss von 500 Mk., unter 20 Jahren bis 18 Jahren alten einen von 300 Mk. und den Frauen einen solchen von 400 Mk. bzw. 200 Mk. zu gewähren.

Klasse 8. Wenn man das Bild so betrachtet, wird man zugeben, daß wir in der Entarifizierung gut abgeschnitten haben. Bei den Lohnzulagen haben prozentual die Landstraßenwärter am besten abgeschnitten. Das gilt aber nur für einzelne Kreise. Andere sind mit einer Zulage von 100 Proz. abgeschnitten. Das ist in Anbetracht der gewaltigen Preissteigerung zu gering. Hier gibt es noch viel nachzuholen. Die Unzufriedenheit dieser Kollegen ist daher verständlich. So mancher tüchtige Wärter hat sich bereits eine andere Tätigkeit gesucht. Wir wissen, daß sich die Mehrzahl der Landräte zu sehr von finanziellen Bedenken leiten lassen. Hier könnten mehr Kreise in einer höheren Ortsklasse stehen. Da zählt man den Wärtlern neben dem Tariflohn eine Wirtschaftsbefehle von 1000 bis 1500 Mark, besser wäre es, wenn die Kreise beantragten, in eine höhere Ortsklasse eingereiht zu werden. Eine durchgreifende Besserung wird auch hier erst eintreten, wenn auch die entlegenen Kreise keinen Wärter haben, der nicht Mitglied unserer Organisation ist. — Am schlechtesten abgeschnitten haben die Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten. Die ersten Verhandlungen brachten uns ein großes Stück vorwärts. Die Sätze der Reichsstrafanstalten wurden zum Teil überschritten. Leider lehnte der große Vorstand des Arbeitgeberverbandes die getroffene Regelung ab. Bei der zweiten Verhandlung ist nicht viel herausgekommen. Wohl hatten einzelne Lohnzulagen von 50 Proz. aufzuweisen, aber die Mehrzahl erhielt nichts. Viele hatten sogar schon höhere Sätze als die vereinbarten. Die darauffolgende Verhandlung hat uns dann ein weiteres Stück vorwärtsgebracht. Hoffentlich bringen die neuen Verhandlungen einen Ausgleich mit den Löhnen der Reichsstrafanstalten. — Nach erfolgter Aussprache gab Kollege Brand den Bericht der Gauklasse. Die eingegangenen Beiträge reichten nicht aus, um alle Ausgaben davon bestreiten zu können. Wenn trotzdem die Zahlungen geleistet sind, so hat das seine Ursache darin, daß wir aus den verkauften Tarifverträgen einen Uberschuss erzielt. — Kollege Schmidt referierte dann über die zweitmäßigste Zusammensetzung der Tarifkommissionen und Neuregelung der finanziellen Leistungen für die Gauklasse. Hier wurde beschlossen, die Filialen tragen die Unkosten für die Kollegen, die der Tarifkommission angehören. Filialen, die kein Mitglied in der Tarifkommission haben, zahlen einen von der Gauleitung festgesetzten Beitrag. — Alsdann referierte Kollege Meißner über einen neuen Bezirksmanteltarif. Der vorgelegte Entwurf wurde nach langer Debatte abgelehnt. Das Referat des Kollegen Reumann über die Aufgaben der Betriebsräte mußte leider wegen der vorgekauften Zeit ausfallen. Es muß auf einer der nächsten Konferenzen nachgeholt werden.

Klasse 8. Wenn man das Bild so betrachtet, wird man zugeben, daß wir in der Entarifizierung gut abgeschnitten haben. Bei den Lohnzulagen haben prozentual die Landstraßenwärter am besten abgeschnitten. Das gilt aber nur für einzelne Kreise. Andere sind mit einer Zulage von 100 Proz. abgeschnitten. Das ist in Anbetracht der gewaltigen Preissteigerung zu gering. Hier gibt es noch viel nachzuholen. Die Unzufriedenheit dieser Kollegen ist daher verständlich. So mancher tüchtige Wärter hat sich bereits eine andere Tätigkeit gesucht. Wir wissen, daß sich die Mehrzahl der Landräte zu sehr von finanziellen Bedenken leiten lassen. Hier könnten mehr Kreise in einer höheren Ortsklasse stehen. Da zählt man den Wärtlern neben dem Tariflohn eine Wirtschaftsbefehle von 1000 bis 1500 Mark, besser wäre es, wenn die Kreise beantragten, in eine höhere Ortsklasse eingereiht zu werden. Eine durchgreifende Besserung wird auch hier erst eintreten, wenn auch die entlegenen Kreise keinen Wärter haben, der nicht Mitglied unserer Organisation ist. — Am schlechtesten abgeschnitten haben die Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten. Die ersten Verhandlungen brachten uns ein großes Stück vorwärts. Die Sätze der Reichsstrafanstalten wurden zum Teil überschritten. Leider lehnte der große Vorstand des Arbeitgeberverbandes die getroffene Regelung ab. Bei der zweiten Verhandlung ist nicht viel herausgekommen. Wohl hatten einzelne Lohnzulagen von 50 Proz. aufzuweisen, aber die Mehrzahl erhielt nichts. Viele hatten sogar schon höhere Sätze als die vereinbarten. Die darauffolgende Verhandlung hat uns dann ein weiteres Stück vorwärtsgebracht. Hoffentlich bringen die neuen Verhandlungen einen Ausgleich mit den Löhnen der Reichsstrafanstalten. — Nach erfolgter Aussprache gab Kollege Brand den Bericht der Gauklasse. Die eingegangenen Beiträge reichten nicht aus, um alle Ausgaben davon bestreiten zu können. Wenn trotzdem die Zahlungen geleistet sind, so hat das seine Ursache darin, daß wir aus den verkauften Tarifverträgen einen Uberschuss erzielt. — Kollege Schmidt referierte dann über die zweitmäßigste Zusammensetzung der Tarifkommissionen und Neuregelung der finanziellen Leistungen für die Gauklasse. Hier wurde beschlossen, die Filialen tragen die Unkosten für die Kollegen, die der Tarifkommission angehören. Filialen, die kein Mitglied in der Tarifkommission haben, zahlen einen von der Gauleitung festgesetzten Beitrag. — Alsdann referierte Kollege Meißner über einen neuen Bezirksmanteltarif. Der vorgelegte Entwurf wurde nach langer Debatte abgelehnt. Das Referat des Kollegen Reumann über die Aufgaben der Betriebsräte mußte leider wegen der vorgekauften Zeit ausfallen. Es muß auf einer der nächsten Konferenzen nachgeholt werden.

Gau Düsseldorf. Am 10. und 11. Juni fand in Düsseldorf eine Konferenz der Fuhrparkbetriebe statt, die von den größeren Städten der Gau Düsseldorf, Köln, Dortmund und Bielefeld befristet war. Außerdem hatten einzelne Städte aus dem Reich Vertreter entsandt. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch einen Film, in dem die Müllabfuhr der verschiedensten Systeme in den einzelnen Städten vorgeführt wurde. Die technische Entwicklung hat auch hier im Sinne der Arbeiter erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Ueber die Entwicklung der Straßenreinigung durch die Städte referierte der Fuhrparkdirektor Brig, Düsseldorf. Der Direktor schilderte die hygienische Notwendigkeit für eine gründliche Straßenreinigung öffentlicher Plätze und Anlagen. Die unaufräumlich stehenden Betriebskosten sind mit den gerüttelten Finanzen der Städte schwer in Einklang zu bringen. Einer angemessenen Steigerung der Gebühren wird seitens der Bürgerschaft der schärfste Widerstand entgegengesetzt. Hier ist es Aufgabe aller beteiligten Faktoren, für eine rationelle Arbeitsmethode den Fuhrpark einzustellen. Dr. Adolfs, Köln, sprach über „Müllabfuhr und Müllverwertung“. Durch einen Film ist den Teilnehmern vorgeführt worden, wie mannigfaltig heute die Behälter beschaffen sind, in denen der Bürger seinen Abfall zum Abholen bereithält. Von den Tonnen angefangen bis herunter zu Pappschachteln, die für besondere „Naturforscher“ eine bequeme Möglichkeit bieten, noch allerhand brauchbare Gegenstände herauszuholen, ein rationelles Arbeiten aber erschweren und das Straßenbild verunzieren. Redner befuhrwortet das Wechseltonnen-System, weil es nach jeder Richtung einwandfrei ist. Eingehend erläuterte Redner die Müllverwertung, die deshalb besondere Beachtung verdient, weil es den ineinandergeschachtelten Städten an den notwendigen Abfallbehältern mangelt. Direktor Redling, Essen, sprach über das Fuhrwesen der Städte. Der Redner betont, daß der kommunale Fuhrbetrieb dem privaten Fuhrwerk unter allen Umständen vorzuziehen ist, weil er billiger arbeitet, und belegt dieses mit einwandfreiem statistischen Material. Allerdings ist es notwendig, daß die einzelnen Dienstzweige in eine Zentrale zusammenlaufen, und alle Bestellungen von hier aus zur Ausführung gelangen. Nur auf diesem Wege ist eine planmäßige Verteilung möglich und zu vermeiden, daß die eigenen Pferde im Stalle stehen und privates Fuhrwerk herangezogen wird. Alle Reparaturen sind in eigener Werkstatt herzustellen, weil hierdurch eine erhebliche Kostenersparnis erzielt wird. Wie vorteilhaft hier gearbeitet wird, zeigen die angestellten Gegenstände der Werkstatt von der Stadt Köln. Alle drei Vorträge wurden mit großem Interesse von den Delegierten entgegengenommen. Direktor Adolfs betonte zum Schluß, es sei zwar das erstemal, daß wir uns in gemeinsamer Beratung ge-

• Aus unserer Bewegung •

Landeskonferenz Hannover. Die am 11. Juni im Volkshaus in Hannover abgehaltene, von 52 Delegierten besetzte Landeskonferenz für das Gebiet des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Hannover befaßte sich mit der bisherigen Tarifpolitik. Kollege Meißner leitete den Tätigkeitsbericht. Die Bildung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Hannover fiel in eine Zeit, in der alle Preissteigerungen aufzuweisen hatten. Es war daher nicht leicht monatlich Lohnbewegungen geführt werden zu können, ja dieses hielten die Löhne nur 14 Tage stand. Wenn die Löhne bis dahin mit den Löhnen der Industrie in allen Orten übereinstimmten, war es mit einemmal unmöglich, in der schnellsten wie die Löhne der Industrie stiegen, auch mit den Löhnen der anderen Arbeiter zu folgen. Eine allgemeine Unzufriedenheit der Arbeiter machte sich überall bemerkbar. Vielfach konnte beobachtet werden, wie die besten und tüchtigsten Arbeiter den städtischen Behörden den Rücken kehrten. Tatsächlich haben wir heute in einzelnen Orten in manchen Schwerbetrieben Arbeitermangel, während in unproduktiven Betrieben Entlassungen vorkommen. Hier handelt es sich aber um Arbeiter, die für die Schwerbetriebe nicht zu gebrauchen sind. Die letzten beiden Abschlüsse haben uns aber zum Teil wieder in die Reihe gebracht. Schwierig war auch die Verteilung. Jeder Ort glaubte in Ortsklasse 1 kommen zu können. Wenn das fest lag, wurde natürlich auf die Gauleitung eingewirkt, die es magte zu unterstreichen, daß dieser oder jener Ort in Ortsklasse 2 oder 3 gekommen ist. Wir dürfen aber ruhig einmal annehmen, daß die Ortsklasse 1 rund 80 Proz. aller Arbeiter betreffen. In den Ortsklasse 1 sind rund 80 Proz. aller Arbeiter, in den Ortsklasse 2, 15 Proz. und in Ortsklasse 3, 5 Proz. der Arbeiter haben, sind in Orts-

Jammenfinden, aber hoffentlich nicht zum letztenmal. Nur durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch können wir die Fuhrparkbetriebe ausbauen und mustergültig gestalten. Anschließend an die Vorträge schloß sich eine Besichtigung der Ausstellung, hier waren es vor allem die graphischen Darstellungen der Stadt Köln, die das regste Interesse der Teilnehmer erweckten. Auch die Arbeiten des Werkstättenpersonals legten Zeugnis von erstklassiger Arbeit ab. Befriedigt verließen die Delegierten um 4 Uhr nachmittags die Ausstellungshalle mit dem Gefühl, ihren Gesichtskreis wesentlich erweitert zu haben. Der zweite Tag der Beratung galt der eigenen Organisation. Genosse Gerlach, Landesrat bei der Provinzialverwaltung, hatte das Referat übernommen, weil Kollege Müntner durch Arbeitsüberhäufung am Erscheinen verhindert war. Die Aussprache war eine sehr lebhaft. Es wurde von den Delegierten der einzelnen Städte ihre besonderen Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck gebracht. Ueber Grenzstreitigkeiten sprach der Kollege Buchelt. In anschaulicher Weise legte er den anwesenden Delegierten dar, daß eine reifliche Erfassung der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fuhrparkbetrieben in unserer Organisation die Grenzstreitigkeiten beheben würde. Alsdann kam zum Beschluß: Die Konferenz der Gaue Düsseldorf, Köln, Dortmund und Bielefeld der Fuhrparkbetriebe beschließt in klarer Erkenntnis, daß in städtischen Betrieben nur eine Einheitsorganisation für alle städtischen Arbeiter in Frage kommen kann, fest und in alter bewährter Treue an der Industrieorganisation festzuhalten. Sie erblüht in der eigenen Organisation „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ die einzig mögliche und richtige Organisation und ist bereit, mit allen Mitteln und mit ganzer Kraft für ihren Verband einzutreten, um die eigenen Interessen und damit die Interessen der Gesamtheit zu wahren und zu fördern.

Jürstenwalde a. d. Spr. Für die städtischen Arbeiter wurden vom 1. bis 30. Juni 1922 folgende Tarifföhne festgelegt: Der Stundentlohn beträgt für gelernte Arbeiter 19,30 Mk., für angelernte Arbeiter 19,50 Mk., für ungelernete Arbeiter 15,70 Mk., für Saisonarbeiterinnen 9,50 Mk.

Godesberg. Die Versammlung am 24. Mai nahm unter Geschäftlichem die dringende Aufforderung des Kollegen Sport, Bonn, entgegen, recht schnell die Extramarken für den Kampf der Metallarbeiter zu erledigen, unter besonderem Hinweis auf die kommenden Kämpfe zur erträglichen Gestaltung des Arbeitszeitgesetzes und der Schlichtungsordnung. Es bestand ein Wille der Solidarität. Ueber die vor der Schlichtungsstelle zum Abschluß gebrachte Lohnbewegung gab Kollege Sport Bericht. Die Aussprache und die Abstimmung ergab die Annahme des Spruches unter der Bedingung, daß das Abkommen sofort wieder zum 15. Juni gekündigt werde. Der Bericht über die Gaukonferenz, die in Godesberg stattgefunden hat, zeigte die geleistete Arbeit innerhalb des Gauwes, die durch Zahlen in geschichtlicher Form bewiesen wurde. Unter „Verschiedenes“ wurde die Frage der Wahl eines Gesamtbetriebsrates besprochen. Die Versammlung stand auf dem Standpunkt, daß, nachdem die 51 Kollegen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke bis auf vier Kollegen zu uns übergetreten sind, es eine Notwendigkeit sei, die Wahl vorzunehmen. Eine später stattgefundenen Zusammenkunft der Betriebsräte des Bauamts, der technischen Werke und des Brunnens erklärte sich zur sofortigen Vornahme der Wahl bereit, nachdem festgestellt war, daß keinerlei Widerspruch erfolgte. Vorstehend ist der Kollege Peter, Bonn, Godesberg, Pionierstr. 22.

Görlitz. In der Mitgliederversammlung am 19. Mai wurde der Bericht von der Orts-Ausschussführung gegeben. In der Diskussion über diesen Punkt ging Kollege Brose auf den süddeutschen Metallarbeiterstreik ein und ersuchte die Kolleginnen und Kollegen, die einmalige Streikunterstützung von 5 bzw. 3 Mk. bald zu entrichten. Kollege Raczel gab das Resultat der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongreß bekannt. Als Delegierte zur Gaukonferenz wurden gewählt die Kollegen Raczel, Brose, Anders. Kollege Raczel wies darauf hin, daß wir berechtigt sind, zum Verbandstag einen Delegierten zu entsenden. Die Wahl findet am 14., 15. und 16. Juli statt. Unter Geschäftlichem teilte Kollege Raczel mit, daß noch kein endgültiges Resultat über die Lohnerhöhung vorliegt, da die Verhandlungen noch andauern. Für die Kolleginnen und Kollegen des Zentralbades, die sich vor kurzem bei uns organisiert haben, ist es gelungen, einen Lehrtarif abzuschließen. Lebhaftes Entrüsten rief das Verhalten des Magistrats hervor, daß er bei den Lohnverhandlungen für die Hausangestellten des Krankenhauses und des Hospitals zeigte. Die ersten Verhandlungen mußten abgebrochen werden, da die Vorschläge des Magistrats unannehmbar waren. Es wurden für den 18. Mai neue Verhandlungen angefeht. Diese wurden aber seitens des Magistrats wieder abgefeht, und es ging eine Verfügung ein, die befahl, daß ein Magistratsbeschuß gefaßt worden ist, eine Zulage von 30 Proz. zu gewähren. Aus der Versammlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir uns dies auf keinen Fall bieten lassen dürfen. Dem Magistrat muß es klargemacht werden, daß wir es wünschen, in Arbeiterangelegenheiten durch unseren Vertreter mitgehört zu werden.

Gumbinnen. In der Monatsversammlung am 11. Juni wurde zur letzten Lohnregelung der städtischen Arbeiter Stellung genom-

men. Es wurde beschlossen, in Zukunft keine prozentualen Erhöhungen mehr anzunehmen, weil sonst eine zu große Erhöhung in den einzelnen Orts- und Lohnklassen entsteht. Ferner wurde verurteilt, daß bei den schon zu vielen Ortsklassen immer noch Zwischenstufen eingeschaltet werden, was bei der nächsten Verhandlung unbedingt wieder ausgeglichen werden muß. Zur Lohnregelung des Ostpreußen-Werks wurde kritisiert, daß der Termin für die Verhandlung sich durch die Schuld des Arbeitgeberverbandes hinzieht. Die Gauleitung wurde beauftragt, den Arbeitgeberverband nochmals um schnellen Verhandlungstermin zu ermahnen. Lohnregelung der Kreisarbeiter wurde bekanntgegeben. Tagelohn ist von 40 Mk. auf 70 Mk. ab 1. April erhöht worden, gleichen dementsprechend die Akkordlöhne.

Halberstadt. In der Mitgliederversammlung am 14. Juni Kollege G. Müller Bericht über die Lohnverhandlungen in Magdeburg. Er gab bekannt, daß von der Lohnkommission für die Lohnerhöhung gefordert wurden, der Arbeitgeberverband ab 1. Monat Juni 1.— Mk., für Monat Juli ebenfalls nur 1.— Mk. Stunde vorschlug. Erreicht wurden schließlich 2,10 Mk. Stunde Lohnzulage.

Kummersdorf. Am 11. Juni fand die erste Mitgliederversammlung unserer Filiale statt. Kollege Spieth spricht über die Entwicklung der Filiale. Der Mitgliederbestand ist auf 120 männliche und 3 weibliche gestiegen. Der Gauleiter Kühne hielt einen sehr reichhaltigen Vortrag über das Reichsmietengesetz. Es beschloß: vorläufig keine Lokalzuschläge zu erheben, die Ausgaben der Lokalkasse nicht hoch sein werden. Sollte sich die Notwendigkeit herausstellen, dann wird später der Lokalzuschlag beschlossen. Krankenunterstützung soll auf Antrag des Erkrankten in lokalen Mitteln gewährt werden und soll von Fall zu Fall bestimmt werden. Bei Todesfällen soll in dringenden Fällen auf eine Unterstüfung gewährt werden. Für diese Fälle werden Extramarken beschafft. Tritt ein Todesfall ein, dann muß jeder eine Extramarkte fleben, der Erlös wird an die Hinterbliebenen gezahlt. Die nächste Versammlung soll am 9. Juli im Lokal in Schönefeld stattfinden, in der auch der Klassenbericht vom Vierteljahr gegeben wird. Kollege Gabriel legt den Plan ans Herz, sich bei den kommenden Wahlen rege zu beteiligen. Können unsere Führer auch daß von uns gewünschte heraus Kollege Spieth spricht über die neuen Löhre und bedauert, daß uns zustehende Zulage noch nicht endgültig zur Ausschüttung kommen ist, weil unsere Behörde noch keine Lohnabellen zum zuständigen Ministerium in Händen hat.

Magdeburg. Zum Tarifvertrag vom 22. April 1920 für Wärter und Arbeiter der Provinzial- und Kreisstrafanwaltschaften ist mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Städte Gemeinden mit Geltung ab 1. Juni 1921 folgende Lohnabteilung einbart: Straßenwärter und Straßenarbeiter über 20 erhalten pro Tag in Ortsklasse I 111,20 Mk., Ortsklasse II 109,20 Mk., Ortsklasse III 107,20 Mk. Verheiratete Straßenwärter Straßenarbeiter erhalten ein Hausstandsgeld von 8 Mk. pro Für Kinder bis zum vollendeten 21. Lebensjahre wird Kinderbeihilfe von 4 Mk. pro Tag und Kind nach den für die amten geltenden Grundfähen gewährt. Diese Lohnabteilung ist unbestimmte Zeit mit 14tägiger Kündigung, die frühestens 1. Juli 1922 zulässig ist.

Siegburg. Um den Etat des Bauamtes nicht für die Arbeiter sehr zu überlasten, fand man es vor endgültiger Entscheidung Haushaltberatungen für angebracht, zwei unserer Kollegen künftigen. Wir haben den Schlichtungsausschuß angewiesen, uns die Dinge nicht ganz klar waren, da auch noch einige in einem Falle ein Jugendlicher beschäftigt waren. Die Entscheidung ging dahin, den Parteien bis zum 29. Mai anzugeben, sich einmal mit der Sache zu beschäftigen. Die Verhandlungen brachen das Ergebnis, daß ein Kollege austritt, in eine besser bezahlte Stellung, mit einer einmaligen Abfindung von 5000 Mk., der Kollege soll ebenfalls untergebracht werden mit einer Abfindung von 5500 Mk. Wir glauben, daß die Herren auf dem Bauamt in Zukunft doch etwas vorsichtiger sind in der Vernichtung von hochachteten Arbeitern.

Stendal. In der Mitgliederversammlung am 9. Juni Kollege Walther den Bericht von der Lohnverhandlung am 8. Juni in Magdeburg. Das Ergebnis ist für Handarbeiter Angelernte und Ungelernte pro Stunde 2,10 Mk. Frauen 95 Pfg. pro Stunde. Für Jugendliche von 16 bis 21 Jahren 70 Pfg. bis 1,05 Mk. pro Stunde ab 1. Juni 1922. Der Grundlohn für Handwerker beträgt somit 18,40 Mk. Angelernte- 17,75 Mk. und Ungelernte 17,40 Mk., für Hausstandsgeld und 1 Mk. Kinderzulage für jedes Kind pro Stunde. Kollege Walther gab dann den Bericht von der Konferenz in Magdeburg am 14. und 15. Mai. Als Sandhüter der Verbandsstag wurde Kollege Walther aufgestellt. Kollege ermahnte die Kollegen und führte aus: Wollen wir in Zukunft weiterbestehen, dann heißt es rege mitarbeiten.

Gerichts-Zeitung

Aus den deutschen Gewerkschaften

Was ist der Peter-und-Paul-Tag ein behördlich angeordneter... Nach langem jähen Kampfe ist es den... die Stadterwaltung M. Gladbach, be...

Ein freigeberkschaftlicher Beamtenbund ist am 18. Juni in Leipzig ins Leben gerufen worden. Anwesend waren 62 Beamtenvertreter, die 13 Beamtenverbände vertraten. Die neue Spitzenorganisation führt den Namen „Allgemeiner Deutscher Beamtenbund“.

Was den als unstrittig feststehenden Sachverhalte haben die Kläger... dem Tage von Peter und Paul, gearbeitet. Nach dem...

Der Mitgliederbestand der Zentralverbände am Schlusse des 1. Quartals 1922 (die Zahlen sind als vorläufige anzusehen) betrug bei den Verbänden: Apschoteure 2149, Bäcker und Konditoren 85 023, Bauarbeiter 489 185, Bekleidungsarbeiter 141 091, Bergarbeiter 440 110, Böttcher 14 536, Brauerei- und Mühlenarbeiter 81 792, Buchbinder 91 766, Buchdrucker 76 000, Chorführer 4580, Dachdecker 10 811, Eisenbahner 435 850, Fabrikarbeiter 698 499, Feuerwehrmänner 9034, Film- und Kinoangehörige 4419, Fleischer 24 417, Friseurgehilfen 7633, Gärtner 19 753, Gemeinde- und Staatsarbeiter 283 062, Glasarbeiter 73 446, Glaser 4068, Graphische Hilfsarbeiter 48 516, Hausangestellten 13 623, Holzarbeiter 410 699, Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten 54 169, Futtmacher 28 139, Kupferschmiede 7424, Kürschner 10 776, Landarbeiter 626 160, Lederarbeiter 43 427, Lithographen 18 983, Maler 58 158, Maschinisten 98 333, Metallarbeiter 1 629 325, Musiker 41 919, Poliere 11 800, Porzellanarbeiter 64 939, Sattler, Tapetierer und Portefeuller 42 517, Schiffszimmerer 5010, Schornsteinfeger 3362, Schuhmacher 109 087, Schweizer 10 061, Steinarbeiter 47 942, Steinseher 10 287, Tabakarbeiter 128 910, Textilarbeiter 679 840, Töpfer 11 237, Transportarbeiter 567 378, Zimmerer 94 810, zusammen: 7 674 006.

Die einseitige Aufhebung des Peter-und-Paul-Tages... die Oberbürgermeister entbehrt der hierzu... erforderlichen Form und ist daher nichtig. Nach...

Rundschau

Die neuen Postgebühren ab 1. Juli 1922. Postkarten im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,50 Pf., Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1 Pf., über 20—100 Gramm 2 Pf., über 100—250 Gramm 3 Pf., im Fernverkehr bis 20 Gramm 3 Pf., über 20—100 Gramm 4 Pf., über 100—250 Gramm 5 Pf. Für unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrags nachgehoben. Die Drucksachenkarte fällt weg. Drucksachen bis 20 Gramm 50 Pf., über 20 bis 50 Gramm 75 Pf., über 50—100 Gramm 1,50 Pf., über 100 bis 250 Gramm 3 Pf., über 250—500 Gramm 4 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 5 Pf. Ansichtskarten, mit höchstens fünf Worten beschriftet, 50 Pf., mit mehr als fünf Worten Postkartengebühr. Geschäftspapiere bis 250 Gramm 3 Pf., über 250—500 Gramm 4 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 5 Pf. Warenproben bis 250 Gramm 3 Pf., über 250—500 Gramm 4 Pf. (Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert.) Päckchen bis 1 Kilogramm 6 Pf., Pakete bis 5 Kilogramm Rahzone (bis 75 Kilometer) 7 Pf., Fernzone 14 Pf., über 5—7 1/2 Kilogramm Rahzone 10 Pf., Fernzone 20 Pf., über 7 1/2—10 Kilogramm Rahzone 15 Pf., Fernzone 30 Pf., über 10—15 Kilogramm Rahzone 20 Pf., Fernzone 40 Pf., über 15—20 Kilogramm Rahzone 25 Pf., Fernzone 50 Pf. Wertsendungen: die Gebühr für eingeschriebene Sendung und Versicherungsgebühr a) bei Wertbriefen für je 1000 Mark der Wertangabe 1,50 Pf., b) bei Wertpaketen für je 1000 Mark der Wertangabe 2 Pf., mindestens bei einer Sendung 3 Pf. Für Postanweisungen bis 100 Pf., 2 Pf., über 100—250 Pf.

Die gegnerische Organisation hat sich nicht dazu verstehen... gegen die Stadterwaltung in dieser Angelegenheit vorzu... sondern überließ es unseren Kollegen, für sie die Kassen...

8 M., über 250—500 M. 4 M., über 500—1000 M. 5 M., über 1000—1500 M. 6 M., über 1500—2000 M. 7 M. Rohrpostsendungen: a) innerhalb Groß-Berlin, Postkarte 4 M., Brief 5 M.; b) wenn Aufgabe oder Bestimmungsart außerhalb Groß-Berlin liegt, für die Postkarte 5 M., für den Brief 7 M. Einschreibgebühr 2 M. Eilbestellung für Brieffendung nach dem Ortsbestellbezirk 3 M., Paket 6 M.; Brieffendung nach dem Landbestellbezirk 9 M., Paket 12 M. Zahlkarten bis 100 M. 75 Pf., über 100—500 M. 1,50 M., über 500—1000 M. 3 M., über 1000—2000 M. 4 M., über 2000—5000 M. 5 M., über 5000 M. 6 M. Telegramme für jedes Wort 1,50 M., mindestens 15 M.; im Ortsverkehr 1 M. für jedes Wort, mindestens 10 M. Die Inlandsgebühren für Brieffendungen, Briefsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Brieffendungen gelten ferner nach Lügenburg und Oesterreich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen). Für Postkarten und Briefe bis 20 Gramm nach Ungarn und Tschechoslowakei gelten niedrigere als die allgemeinen Auslandsgebühren. Auslandsgebühren, Postkarten 3,30 M., nach Ungarn und Tschechoslowakei 2,75 M., Briefe bis 20 Gramm 6 M., jede weiteren 20 Gramm 3 M. (Reisgewicht 2 Kilogramm), nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 4,50 M., jede weitere 20 Gramm 3 M. Drucksachen für je 50 Gramm 1,25 M. Geschäftspapiere für je 50 Gramm 1,25 M., mindestens 6 M. Warenproben für je 50 Gramm 1,25 M., mindestens 3 M. Eilbestellgebühr für Brieffendungen 12 M. Vorzeigebühr für Nachnahmen auf Brieffendungen (vom Absender zu entrichten) 1,25 M. Gewichtsbühr für Wertpäckchen für je 50 Gramm 2,50 M., mindestens 12 M. Einschreibgebühr, Rücksendebühr, Bearbeitungsgebühr für Wertpakete (je 2 M.), die Versicherungsgebühren sind unverändert.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes. Die starke Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse, die gerade in den letzten Wochen eingetreten ist, wird sich erst vollkommen übersehen lassen, sobald die statistischen Angaben für den Monat Juni d. J. vorliegen. Nachdem wir bereits in Nr. 25 der „Gew.“ die Berechnungen Kuczynski über das Existenzminimum gebracht haben, seien auch die interessantesten Feststellungen von R. Calmer wiedergegeben, zumal sie sich nicht nur auf Berlin erstrecken. Calmer berechnet auf Grund der Berichte von 200 Plätzen des Deutschen Reiches die Kosten des vierwöchentlichen Nahrungsmittelbedarfs einer vierköpfigen Familie im Mai auf 1092,94 M., gegen 1026,77 M. im April d. J. Im Vergleich zu früheren Jahren ergibt sich folgende Bewegung der Indexziffern: im Mai 1914 24,70, im Mai 1915 36,49, im Mai 1918 57,30, im Mai 1920 224,63, im Mai 1921 353,14, im Mai 1922 1092,94. Während im Mai 1921 im Vergleich zur Vorkriegszeit erst eine vierzehnfache Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel zu verzeichnen war, ergibt sich nunmehr für Mai 1922 bereits eine Steigerung auf mehr als das 43fache. Für einige wichtige Plätze Deutschlands ergeben sich nachstehende Kosten des Nahrungsmittelaufwandes je Woche in Mark:

Ort	1914	1921	1922	Ort	1918	1921	1922
Römlingberg	49,11	322,96	1092,97	Gelsenkirchen	58,28	341,49	1129,36
Groß-Berlin	58,20	397,29	1140,75	Frankfurt a. M.	63,57	392,96	1125,15
Breslau	49,68	323,81	1076,12	Rhein	56,13	396,93	1240,89
Brandenburg	56,19	354,59	1088,70	Nachen	53,74	418,59	1299,39
Fla.	55,99	395,74	1104,21	Zaarbrücken	54,02	447,18	1436,62
November	52,41	328,37	1061,53	Leipzig	57,87	395,48	1132,17
Darmstadt	59,25	439,44	1102,23	Hamburg	59,79	341,22	1034,11

Die im besetzten Gebiet und in dessen nächster Umgebung gelegenen Plätze weisen demnach die höchsten Indexziffern auf.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Juni 1922. Soweit sich die Gesamtlage des deutschen Arbeitsmarktes im Juni nach den Berichten der Landesarbeitsämter bisher übersehen läßt, ist ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit und in den meisten Landesteilen eine Zunahme der Vermittlungen eingetreten. Besonders starke Anforderungen stellt die Landwirtschaft für die Heuernte, Rüben- und Kartoffelbearbeitung und für die Vorbereitungen zur Getreidernte. Der Bergbau hat in allen seinen Zweigen großen Bedarf an Arbeitskräften, der jedoch bei weitem noch nicht gedeckt werden kann. Nach Westfalen und in das Mitteldeutsche Braunkohlenrevier wurden verschiedene Transporte von Berg- und Hüttenarbeitern aus den an Polen abgetretenen Gebieten Oberschlesiens gebracht. Die weiterarbeitende Industrie steht durchweg im Zeichen starker Beschäftigung und reger Nachfrage nach Arbeitskräften. Das gilt im besonderen Maße von der Metall- und Maschinenindustrie, dem Baugewerbe, Holzgewerbe und der Textilindustrie. Nach den für 367 deutsche Städte (über 10 000 Einwohner) vorliegenden Meldungen betrug die Gesamtzahl der unterstützten Vollerwerbstätigen an diesen Plätzen am 10. Juni d. J. 19 232 gegen

23 012 am 27. Mai d. J. Die noch vorhandenen Arbeitslosen teilen sich auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Städten. Es ist besonders interessant, die Zahl der unterstützten Erwerbstätigen bei Beginn und am Ende des ersten Halbjahres zu vergleichen:

	1. Jan.	1. Mai	10. Juni		1. Jan.	1. Mai
Altona	934	848	233	Reipzig	4396	500
Groß-Berlin	58 171	26 381	6 742	Wien	2650	300
Breslau	4 047	2 674	2 229	Brandenburg	1 415	100
Dresden	8 926	8 01	5 07	München	2 354	1 000
Hamburg	6 074	6 230	1 980	Flauen	1 506	98
Kiel	2 934	1 063	88	Stettin	821	200
Königsberg	4 398	5 90	2 87			

Die auffallend starke Verminderung der Arbeitslosen in Berlin ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in der letzten die Abwanderung nach der Provinz besonders rasch. Sehr geringe Arbeitslosenziffern melden die Städte in den Provinzen und in deren nächster Nachbarschaft, so z. B. Chemnitz 27, Krefeld 1, Essen 40, Halle 5, Mainz 22, Mannheim 33 usw. Selbstverständlich kommt in diesen Ziffern ein Teil der Arbeitslosigkeit in Betracht, da z. B. Kurzarbeit und Schichten nicht berücksichtigt sind. Immerhin ist aber das Ergebnis im Vergleich zum ersten Monat des Jahres und erst im Gegensatz zu den Jahren 1920 und 1921 ein sehr günstiges.

Ferienheimel Für unsere auf Urlaub gehenden Kolleginnen dürfte folgende Notiz des „Gewerkschaftlichen Richtendienstes“ von Interesse sein: „Der rührigen Arbeit der Hütten- und Ferienheim-Genossenschaft Naturfreunde in Sena, es, den erholungsuchenden Proletariern zwei neue Heime für Ferienaufenthalt zu beschaffen. Außer den beiden schon im Betrieb stehenden Heimen, dem „Stutenhaus“ bei Eul und „Siebshaus“ bei Rabla stehen als neue Heime der „Auerhahn“, „Rubla“ und der „Eisenhammer“ in der Dübener Heide bei Bärnberg. Der „Auerhahn“, der nur als Schutzhütte gebaut bietet 20—30 Uebernachtungsmöglichkeiten. Im „Eisenhammer“ als Heim ausgebaut wird, ist in vorerst 30 Betten die Möglichkeit zum Ferienaufenthalt gegeben. Es können im Heim bis 15 Personen Unterkunft finden. Rechnet man, daß das „Stutenhaus“ 175 Betten, das „Siebshaus“ mit 75 Schlafstätten ausgestattet so erhält man ein Bild von der Tatarbeit der Genossenschaft. Tag zu Tag wird dem Arbeiter die Möglichkeit, seine Ferien vom Alltag zu verleben, mehr beschritten. Zu hohen Preisen kommen die unverkäuflichen, wucherischen Uebernachtungs- und pflegungspreise in den kapitalistischen „Gaststätten“. Hier muß Genossenschaft als Gegengewicht und schafft billigste Heimstätten in den schönsten Gebieten. Schafft dort neben billigen Nachlagern die Möglichkeit der Selbstküche. Es ist ja wichtig für den Proletarier, die lange Zeit, die ihm zum Ausspannen gegeben ist, und losgelöst wird von allem, was ihm Arbeitsplatz und Kampfplatz sein soll, auf den Tag für Tag aufzulegen. Er besonders muß in der Sonne baden, um seinen vernachlässigten Organen Spannkraft geben. Der Fabrikraum, der dumpfe Arbeitsaal mühen werden durch Sonnenstunden in schänter Gegend. Last und des Alltags wird er dort am besten ablegen, wird Luft schaffen, die sich mit neuen Kräften am Arbeitsplatz und im Kampfreifen seiner Klassengenossen auswirken müssen. Aus erteilt jedem gern: Schutzhütten- und Ferienheim-Genossenschaft Naturfreunde, Sena, Heimstraße 10. Dort werden auch Anmeldungen für Mitgliedschaften im Ferienaufenthalt erledigt.“

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

(Eine Besprechung der eingegangenen Bücher und Schriften behält die Redaktion vor.)

Im Oberhieschen. Eine kritische Betrachtung der Entstehung des Völkerverbundes. Von H. Hoffler, im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, 1922. Preis: für Gewerkschaftsmitglieder 3,25 M., Ladenpreis 6,50 M. — Ein Rückblick auf die hundertjährige, die für die Beurteilung der Lage in Oberhieschen wichtig waren und sind, für die Gewerkschaften im kritischen Gebiet des hiesigen Deutschlands.

Filiale Düsseldorf.

Wir haben zum sofortigen Eintritt einen weiteren

Lehrerbraten.

Dieser maßgebende und organisatorische Beschäftigte der Ferner ist eine mehrjährige Mitgliedschaft bei einer freierwerblichen Organisation erforderlich. Die Gehaltsregelung erfolgt nach den Beschlüssen des Verbandstages resp. des Verbandsvorstandes. Wir wollen ihre Gesuche mit der Aufschrift „Verordnung“ bis zum 12. Juli, an die Kreisverwaltung, Volkstraße 10, einreichen.

Verlag: Im Sekretariat des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter 3 Männer, Brandenburger Heustraße 30, Berlin SO. (Telefon 10 10 10)

VI. Jahrgang
Die
 Schrift zur
 meinde- und
 man des
 Aktion u. Exped
 derjeniger Skizze 1
 Schriftführer: Amt
NA
 alle dr
 nicht e
 drucker
 schwere
 noch v
 stündlich
 durch
 entstan
 ADGB
 einer Verständig
 sowie der Gau
 wissenden Becht
 eintrauten, die
 scheidung über.
 en oder die Lok
 schäften zu wolle
 meingewerkschaf
 uns daher vo
 In unserer sch
 wirtschaftlichen
 hatten den na
 gerade noch i
 Die Eingabe de
 Reichstag lassie
 an als gewisser
 men müssen, da
 orientiert sind
 Zwischen hat
 D. zum weitest
 einverständliche
 aufgerufen, i
 aufwies und i
 1000 Teilnehmer
 nahm. Ein
 u g e l e h s o r
 sind bereits im
 einige andere
 Immerhin mü
 manarchistisch
 den Anhang im
 in ist nur sehr t
 legien Wochen
 D. erneut (zum
 entrat und in e
 ge der ungeheur
 nahme der UE
 mal im Princi
 der Democrat
 en Volkspc
 doch die Sti
 dafür aber